



JULI 2026

Schweizer Revue

Die Zeitschrift für
Auslandschweizer:innen



**Landwirtschaft zwischen Acker
und Weltmarkt: Wie versorgt sich
die Schweiz?**

**Die Schweiz und die EU:
Was steckt im neuen Vertragspaket?**

**Leben auf der hohen Kante:
In Mürren gehören Extreme zum Alltag**



Konsularische Dienstleistungen
überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten

 EDA
 Guichet en ligne DFAE
 Online-Schalter EDA
 Sportello online DFAE
 Online desk FDFA

www.eda.admin.ch Barcelona



Schweizerische Eidgenossenschaft
 Confédération suisse
 Confederaziun Svizra
 Confederaziun svizra

Die Schweiz in der Tasche

SwissInTouch.ch
Die App für die
Auslandschweizergemeinschaft

swissintouch.ch

Ausschliesslich hier erhältlich

Lesen statt warten.

Ist die gedruckte «Schweizer Revue» wieder einmal überfällig? Holen Sie sich das Heft auf Ihr **Tablet oder Smartphone**. Die App dazu ist gratis und werbefrei. Sie finden die App mit dem Suchbegriff «Swiss Review» in Ihrem Appstore.



Zum Abschalten: Gedanken hochfahren.



NZZ am Sonntag

Weiter denken. Besser leben.



Die «NZZ am Sonntag» jetzt
3 Monate als E-Paper zum Preis von 1
(für 26 CHF statt 78 CHF):
go.nzz.ch/sr

4 Schwerpunkt

Landwirtschaft zwischen Acker und Weltmarkt

8 Politik

Neutralität auf dem Prüfstand

Der holprige Weg zur digitalen Demokratie

14 Gesellschaft

Wenn das Zuhause zum Tatort wird

16 Schweiz extrem

Leben auf der hohen Kante

19 Schweizer Zahlen

Von allem ein bisschen mehr

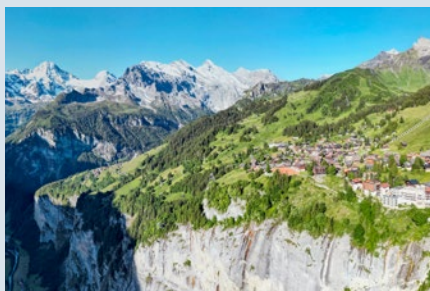


Foto Wikimedia

Nachrichten aus Ihrer Region**20 Geschichte**

Ein Stück Antike im Neuenburgersee

22 Reportage

Auf den Spuren der Urzeit-Riesen

24 Nachrichten

Fragen und Antworten zum neuen Vertragspaket mit der EU

30 Aus dem Bundeshaus

Der Eintrag ins Auslandschweizerregister sichert politische Rechte

32 SwissCommunity

Vom Stall in die Weltpolitik



Es gibt Dinge, die machen die Schweiz unverwechselbar: die Alpen, die direkte Demokratie und natürlich der Käse. Wer im Ausland lebt, kennt den Moment sehr gut: Plötzlich liegt ein Gruyère, ein Emmentaler oder eine Tafel Schweizer Schokolade im Supermarktregal – und für einen Augenblick rückt die Heimat ganz nah.

Doch wie schweizerisch ist unser Essen eigentlich noch? Die Antwort überrascht. Die Schweiz produziert weniger als die Hälfte der Nahrungsmittel, die sie konsumiert. Mehr als jede zweite Kalorie stammt direkt oder indirekt aus dem Ausland. Das erstaunt umso mehr, als die Landwirtschaft zu den prägendsten Bildern unseres Landes gehört: saftige Wiesen, grasende Kühe, kleine Familienbetriebe vor Alpenkulisse.

Dieses Bild erzählt aber nur einen Teil der Wirklichkeit. Die Schweizer Landwirtschaft bewegt sich im Spannungsfeld von Versorgungssicherheit, Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit und gesellschaftlichen Erwartungen. Was auf den Teller kommt, ist längst nicht mehr nur eine Geschmacksfrage. Für die einen ist Fleischkonsum Teil der Tradition, für die anderen sind tierische Produkte ein Auslaufmodell. Und doch: Während die Schweiz viele Lebensmittel importiert, exportiert sie ihren Käse in die ganze Welt. Typisch für unser Land. Nach innen ist die Schweiz gern eigenständig, nach aussen eng verflochten mit den Weltmärkten, allen voran mit Europa.

Genau darum geht es in den Bilateralen III, dem Vertragspaket mit der EU (Seite 24). Verhandelt wird nicht weniger als die altbekannte Frage: Wie viel Nähe braucht die Schweiz zur EU, um wirtschaftlich stark zu bleiben, und wie viel Distanz, um sich politisch unabhängig zu fühlen? Auch die Neutralitätsdebatte kreist um die Eigenständigkeit in einer vernetzten und brüchigen Welt (Seite 8). Vielleicht ist es kein Zufall, dass all diese Fragen in der Landwirtschaft greifbar werden. Was auf dem Teller landet, hängt nicht nur vom Wetter, den Böden oder den Höfen im Schweizer Mittelland ab, sondern von Märkten, Verträgen und unseren Beziehungen zur Welt. Die Frage nach dem Essen ist immer auch eine Frage nach der politischen Ausrichtung der Schweiz.

WALTER SCHMID, CHEFREDAKTOR

Titelbild: Foto Keystone

Die Schweiz zwischen Acker und Weltmarkt. Fünf Fragen zur Landwirtschaft

Es gibt nur wenige Länder, die ihre Landwirtschaft so stark unterstützen wie die Schweiz. Dies führt dazu, dass rund die Hälfte der konsumierten Nahrungsmittel im Inland produziert werden. Die Ernährungsinitiative, über die wir am 27. September 2026 abstimmen, will diesen Anteil stark erhöhen.

CHRISTOF FORSTER

Wenn die Tage kürzer werden und die Temperaturen sinken, steigt in der Schweiz der Appetit auf wärmendes Essen. Zu den Klassikern gehören Rösti, Raclette und Fondue. Alles, was man dazu benötigt, kommt aus der Schweiz: die Milch für den Käse und die Kartoffeln – beides seit Langem Grundnahrungsmittel hierzulande. Mittlerweile gibt es auch vegane Käse-Alternativen, die in der Schweiz hergestellt werden.

Inzwischen ist die Palette der konsumierten Gerichte und Nahrungsmittel sehr bunt geworden. Eher mit einem Zahlensalat hat man es zu tun, wenn man hinter die Finanzierungs- und Handelsströme der Schweizer Landwirtschaft zu blicken versucht. Es ist ein kompliziertes Geflecht an Direktzahlungen, Förderbeiträgen, Zöllen, Importkontingenten und vieles mehr, welches – neben den ganz persönlichen Vorlieben – mitbestimmt, was auf unsere Teller kommt. Fünf Fragen, die helfen, mehr zu verstehen.

1 Könnte sich die Schweiz zu 100 Prozent selbst versorgen?

Ja. Zu diesem Schluss kommt eine 2025 publizierte Studie des ETH-Agrarökologen Andreas Bosshard und weiteren Autoren. Dieses Ergebnis hat auch den Autor überrascht. Die Schweiz könnte sich zu 100 Prozent selbst mit Nahrungsmitteln versorgen. Sie könnte sogar über 10 Millionen Menschen ernähren statt der heute 4,2 Millionen. Heute beträgt der Netto-Selbstversorgungsgrad rund 50 Prozent. Zählt man die importierten Futtermittel für Tiere hinzu, sind es 57 Prozent. Die Initiative

«Für eine sichere Ernährung» fordert einen Selbstversorgungsgrad von 70 Prozent.

Der Studienautor schlägt neun Massnahmen vor, die ohne grosse Investitionen umsetzbar wären. Der wichtigste Hebel liegt beim Futter der Nutztiere. Rinder sollen statt Kraftfutter und Mais nur noch Gras auf Weiden fressen.

Laut einer Studie der ETH Zürich könnte die Schweiz über 10 Millionen Menschen ernähren.

Heute werden rund 60 Prozent der Ackerfläche in der Schweiz für die Tierfütterung bepflanzt und zusätzlich wird Kraftfutter importiert. Mit der Umstellung würden grosse Flächen frei, die für Lebensmittel für die Bevölkerung genutzt werden könnten. Dabei würde allerdings die produzierte Milchmenge sinken. Der Bedarf wäre laut Studie aufgrund der heutigen Überproduktion trotzdem gedeckt.

Ein weiterer Hebel liegt in der Verschwendung von Lebensmitteln (Food Waste). Bei einer Halbierung der Menge könnten 1,8 Millionen Menschen zusätzlich ernährt werden. Zudem sollen verwertbare Lebensmittelabfälle wieder an Schweine verfüttert werden. Eine solche Umstellung hätte auch positive Folgen für die Umwelt. So liessen sich die Klima- und Ammoniakreduktionsziele erreichen.

Für den Schweizer Bauernverband ist eine komplette Selbstversorgung hingegen «völlig unrealistisch». Während des Zweiten Weltkrieges, als nur 4 Millionen Menschen in der Schweiz



lebten und mehr Landwirtschaftsfläche zur Verfügung stand, habe der Selbstversorgungsgrad – bei gleichzeitiger Rationierung der Lebensmittel – rund 70 Prozent betragen.

Studienautor Bosshard räumt ein, dass nur ein kleiner Teil der Massnahmen durch die Landwirtschaft selber realisiert werden könne. Die meisten anderen Hebel erforderten die Mitwirkung der Lebensmittelindustrie, des Handels sowie der Konsumentinnen und Konsumenten. Er gibt zu bedenken, dass die heutigen Konsumgewohnheiten und Verhaltensweisen, die für grosse Teile der Ineffizienzen im Ernährungssystem verantwortlich sind, durch den Staat seit dem Zweiten Weltkrieg in hohem Masse beeinflusst und mitverursacht wurden. Dies betreffe insbesondere den Konsum von tierischen Lebensmitteln. Seit Jahrzehnten gehen mindestens 80 Prozent der landwirtschaftlichen Subventionen in die Tierproduktion und nur 20 Prozent in die Pflanzenproduktion.

In seinem Bericht zur «Zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik» von 2022 kommt auch der Bundesrat zum Schluss, dass auf der Ackerfläche vermehrt Kulturen zur direkten menschlichen Ernährung angebaut werden sollten, um den Selbstversorgungsgrad bei zunehmender Bevölkerung zu halten. Eine vollständige Selbstversorgung wird aber trotz allem nicht möglich sein, da viele der zentralen Ressourcen für die Landwirtschaft zu grossen Teilen aus dem Ausland kommen. Dazu gehören Kunstdünger, Pflanzenschutzmittel, Diesel und Saatgut.

2 Wie ökologisch nachhaltig ist die Schweizer Landwirtschaft?

Im letzten Bericht aus dem Jahr 2016 zu den Umweltzielen für die Landwirtschaft zeichnete der Bund ein gemischtes Bild. Untersucht wurde die Einhaltung von Zielen in den Bereichen Biodiversität, Treibhausgasemissionen, Phosphor und Pflanzenschutzmittel. Seither wurden die Umweltziele nicht mehr systematisch untersucht und der Fortschritt in einer Studie zusammengefasst. Laut Agrarexperten besteht hier eine grosse Lücke, aufgrund deren kein kohärenter Überblick möglich ist. Updates und Analysen gibt es lediglich für einzelne Aspekte.

Um Direktzahlungen zu erhalten, müssen Betriebe den Ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) erbringen. Dieser Mindeststandard sei viel

Die ökologische Leistung der Schweizer Landwirtschaft ist laut WWF schlecht.

zu tief angesetzt, kritisieren Umweltverbände. Laut WWF sei keines der 13 Umweltziele erreicht worden.

Trotz sinkender Tendenz gelangt laut aktuellem Agrarumweltmonitoring des Bundes immer noch zu viel Stickstoff in sensible Ökosysteme. Die Belastung durch Ammoniak sinkt zwar ebenfalls, liegt aber noch über dem Zielwert. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Pestiziden. Seit 2019 sind die Messwerte rückläufig, in Fließgewässern stiegen sie aber wieder im Jahr 2024. Das Parlament hat bereits beschlossen, die Risiken für die Umwelt durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bis 2027 zu halbieren.

Die Belastung der Umwelt ist durch Importwaren grösser als durch heimische Produkte.

Absichten der Ernährungsinitiative

Die Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung» verlangt einen Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln von mindestens 70 Prozent. Dieses Ziel soll innert zehn Jahren erreicht werden. Das bedeutet, dass die Ernährung pflanzlicher werden müsste. Weiter fordert das Begehren die Sicherung der Grundwasserressourcen sowie die Förderung einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft. Hinter der Initiative stehen Franziska Herren vom Verein «Sauberes Wasser für alle» und weitere Personen. Herren war bereits die treibende Kraft hinter der im Juni 2021 abgelehnten Trinkwasserinitiative. Bundesrat und Parlament lehnen die Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Sie kommt am 27. September 2026 zur Abstimmung. (CF)

Zu diesem Schluss kam die Forschungsanstalt Agroscope am Beispiel von Kartoffeln. Verglichen wurde mit Deutschland, Frankreich, Holland und Italien. Bei den tierischen Produkten waren die Resultate nicht eindeutig.

Die Biodiversität hingegen ist stabil geblieben. Angesichts ihres historischen Rückgangs kann dies zwar positiv gewertet werden, heisst es im Agrarbericht 2025 des Bundes. Jedoch befindet sich die Biodiversität immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau.

Das Potenzial in Sachen ökologischer Nachhaltigkeit ist also immer noch gross. Eine neue Studie von Agroscope zeigt, dass ein deutlich umweltfreundlicheres Ernährungssystem mit einer gesünderen Ernährung der Bevölkerung und einem höheren Selbstversorgungsgrad möglich ist.

3 Ist die Landwirtschaft geprägt von Kleinbauern?

Im internationalen Vergleich ist die Schweizer Landwirtschaft von relativ kleinen Familienbetrieben geprägt. Pro Betrieb wird im Durchschnitt eine Nutzfläche von 22 Hektar bewirtschaftet. Die meisten Länder der EU weisen wesentlich höhere durchschnittliche Betriebsflächen auf.

Eine genaue Definition, was ein Kleinbetrieb ist, gibt es nicht. Typischerweise bewirtschaftet ein Kleinbauer oder eine Kleinbäuerin eine Fläche von weniger als 10 Hektar. Davon gibt es

Im internationalen Vergleich ist die Schweizer Landwirtschaft von relativ kleinen Familienbetrieben geprägt.

in der Schweiz 13213 Betriebe (von total 47075 Landwirtschaftsbetrieben im Jahr 2024). Knapp 5 Prozent der Betriebe haben sogar eine Fläche von weniger als einem Hektar.

Mit 12380 sind die meisten Betriebe in der Kategorie zwischen 10 und 20 Hektar (2024). Der Anteil der Grossbetriebe mit einer Fläche

von über 50 Hektar liegt bei 7 Prozent. Der klassische Landwirtschaftsbetrieb ist primär ein familiengeführter Voll- oder Nebenerwerbshof. Meist werden alle Familienmitglieder und über mehrere Generationen hinweg eingespannt.

Die Schweizer Landwirtschaft ist indes seit längerem in einem Wandel begriffen. Jedes Jahr gehen rund 1 bis 1,5 Prozent der Betriebe zu. Alleine 2025 haben 805 Höfe ihren Betrieb für immer eingestellt. Die Flächen werden meist von den Nachbarbetrieben übernommen, was dazu führt, dass die durchschnittliche Nutzfläche stetig steigt. Seit 2000 ist diese um rund 50 Prozent gestiegen.

4 Wie viel finanziert der Staat bei der Lebensmittelproduktion?

Die Schweiz subventioniert die Nahrungsmittelproduktion massiv und unsere Landwirtschaft gehört zu den weltweit am stärksten geförderten. Dies entspricht dem politischen Willen. Von jedem Franken, den die Bäuerinnen und Bauern einnehmen, stammt rund die Hälfte vom Staat. Das sind Subventionen wie Direktzahlungen

Die Schweiz subventioniert die Nahrungsmittelproduktion massiv und unsere Landwirtschaft gehört zu den weltweit am stärksten geförderten.

oder durch Zölle verursachte höhere Konsumentenpreise. Laut einer Schätzung der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse kostet der landwirtschaftliche Grenzschutz die Schweiz im Jahr fast drei Milliarden Franken. Hinzu kommen Beiträge des Bundes zur Produktions- und Absatzförderung, zum Beispiel Verkäsungszulagen. Diese Förderung beläuft sich auf jährlich rund 500 Millionen Franken, die zu den Direktzahlungen von 2,8 Milliarden Franken (2024) hinzukommen. Das heisst, jeder Einwohner wendet aus dem eigenen Sack im Durchschnitt 300 Franken als



Direktzahlung für die Landwirtschaft auf. Dazu kommen rund 40 Franken für die Milchwirtschaft, unabhängig davon, wie viel er von diesen Produkten konsumiert. Ein Teil der Subventionen ist daran geknüpft, öffentliche Güter bereitzustellen, beispielsweise den Schutz von Kulturlandschaften oder mehr Biodiversität.

Dann gibt es auch versteckte Subventionen. Ökonomen verweisen etwa auf die ermässigten Mehrwertsteuersätze direkt auf Leistungen in der Landwirtschaft zur Bodenbearbeitung wie Säen oder Pflügen oder indirekt auf Nahrungsmittel. Lebensmittel unterliegen einem reduzierten Mehrwertsteuersatz von 2,6 Prozent. Diese Leistungen werden zum Grundbedarf gezählt. Weil sie nicht alle Teile der Bevölkerung im gleichen Masse nutzen, entstehen Verzerrungen, die ineffizient und nicht zwingend sozial sind. Auch Haushalte mit höherem Einkommen werden entlastet, da sie tendenziell teurere Lebensmittel kaufen. Sie profitieren sogar mitunter stärker.

In den Augen von Ökonomen führen die Vielzahl von Subventionen und Steuervergünstigungen zu Verzerrungen, die den Strukturwandel künstlich aufhalten und negative Effekte für Klima und Umwelt mit sich bringen. Sie bezweifeln, ob eine weitgehende Selbstversorgung im Krisenfall möglich ist.

5 Ist Essen eine neue Religion?



Die Ernährungsinitiative will die Selbstversorgung stärken und mehr pflanzliche Lebensmittel fördern. Damit landet man schnell in einer emotionalen Debatte. In gewisser Weise ist die Ernährung zu einer Religion geworden. Nicht im Sinne, dass sie Antworten liefert auf existenzielle Fragen – ob es ein Leben nach dem Tod gibt oder woher wir kommen. Doch sie schafft für Menschen, die sich stark damit beschäftigen, eine Identität, die weit über das Essen hinaus geht. Sich vegetarisch oder vegan ernähren, kann zu einer Lebenshaltung werden, die in viele Bereiche ausstrahlt. So wie Fleisch essen für gewisse Leute zu einer politischen Haltung

geworden ist. Es geht um Tierwohl, Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Klimaveränderung, Lebensstile, Individualismus, letztlich um ganze Lebensanschauungen, die sich mit der Ernährung verknüpfen lassen.

Es heisst nicht mehr, man isst vegan, sondern man ist vegan. Oder man ist Fleischesser. Dabei ist das ja nur eine von unzähligen Eigenschaften, die einen Menschen ausmachen. Deshalb können Diskussionen über Essenvorlieben

Wie der Glaube kann auch die Ernährung ein Gefühl von Gemeinschaft geben.

schnell sehr hitzig werden. Das Ideologische mag eine weitere Parallele sein zur Religion. Streng definierte Regeln bestimmen das Handeln. In der Religion nennt man es Dogmen.

Wie der Glaube kann auch die Ernährung ein Gefühl von Gemeinschaft geben. Man fühlt sich Gleichdenkenden zugehörig und grenzt sich von Andersdenkenden ab. Bis weit ins 20. Jahrhundert waren Ehen zwischen Protestanten und Katholiken gesellschaftlich geächtet und fast unmöglich. Heute gibt es Veganer, die es für unmöglich halten, mit einer Fleischesserin eine Beziehung zu führen.

Es gibt Veganer, die überzeugt sind, mit ihrem Essverhalten einen Beitrag zur Rettung des Planeten zu leisten. Es gibt Fleischesser, die überzeugt davon sind, es stehe ihnen zu, so viel Fleisch wie nur möglich zu essen. Menschen hätten sich schon seit Urzeiten mit Tierischem ernährt. Sie bekommen manchmal von den sich fleischlos Ernährenden eine gewisse moralische Überlegenheit zu spüren, gegen die sie sich wehren.

Wie bei Religionen verbinden sich mit dem Essen Heilsversprechen: Gesundheit, Reinheit und moralische Integrität. Das macht das gemeinsame Essen mitunter kompliziert.

Starr oder flexibel? Die Neutralität auf dem Prüfstand

Die Neutralität gehört zur Identität der Schweiz. Doch wie streng soll sie ausgelegt werden?

Am 27. September 2026 entscheiden die Stimmberechtigten über die rigorose Neutralitätsinitiative der rechtskonservativen Vereinigung Pro Schweiz.



THEODORA PETER

Geistiger Vater der Initiative zur «Wahrung der schweizerischen Neutralität» ist der SVP-Doyen und frühere Bundesrat Christoph Blocher. Er störte sich daran, dass der Bundesrat 2022 nach dem Angriff Russlands gegen die Ukraine die weitreichenden EU-Sanktionen gegen Moskau übernahm. Dazu gehören etwa Finanzsanktionen, Vermögenssperren oder Import- und Exportverbote. Mit diesem «Bruch der Neutralität» sei die Schweiz «aus purem Opportunismus» selber zur Kriegspartei geworden, kritisierte Blocher und sah die Glaubwürdigkeit der Schweiz als neutrale Vermittlerin beschädigt («Revue» 6/2022).

Lanciert wurde das Volksbegehren in der Folge von Pro Schweiz, der Nachfolgeorganisation der von Blo-

cher vor 40 Jahren gegründeten Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Die Initianten wollen die «immerwährende, bewaffnete Neutralität» in der Verfassung festschreiben. Dazu gehört, dass die Schweiz keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis beitreten darf. Auch eine Zusammenarbeit mit einem Bündnis wie der NATO wäre einzig im Falle eines direkten militärischen An-

Alt-Bundesrat Christoph Blocher (Mitte) will eine strikte Definition der Neutralität in die Verfassung schreiben – im Bild bei der Einreichung der Neutralitätsinitiative im April 2024 in Bern.

Foto Keystone

Laut Umfrage will eine Mehrheit der Bevölkerung, dass die Schweiz bei einer Verletzung des Völkerrechts Sanktionen gegen andere Staaten ergreifen kann.

griffs auf die Schweiz zugelassen. Explizit verbieten wollen die Initianten «nichtmilitärische Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten», wie sie die Schweiz gegen Russland verhängt hat. Vom Verbot ausgenommen wären einzig Sanktionen, die der UNO-Sicherheitsrat beschliesst. Im Falle des Ukraine-Kriegs nutzte Russland sein Vetorecht als ständiges Mitglied, um entsprechende Resolutionen zu verhindern.

Der Bundesrat hatte die Übernahme der EU-Wirtschaftssanktionen gegen Russland mit Verletzungen des humanitären Völkerrechts begründet. «Einem Aggressor in die Hände zu spielen, ist nicht neutral», erklärte Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) damals. Eine Lieferung von Waffen oder Schutzmaterial an

die angegriffene Ukraine schloss die Regierung hingegen aus. Als neutraler Staat darf die Schweiz gemäss internationalem Neutralitätsrecht keine Kriegspartei bevorzugt behandeln. An diesem strikten Gleichbehandlungsgebot hält der Bundesrat bis heute fest, obwohl dies letztlich die Wirkung von Sanktionen gegen den Aggressor schwächt.

Parlament will Handlungsspielraum

Die Bundesverfassung enthält bislang keine explizite Definition der schweizerischen Neutralität. Hingegen verpflichtet die Verfassung Parlament und Regierung, «Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz» zu treffen. Der Bundesrat sieht keinen Grund, diese Verfassungsbestimmungen zu ergänzen. Seit der Gründung des Bundesstaates 1848 sei bewusst auf eine präzise Umschreibung verzichtet worden, erklärte Cassis bei der Beratung der Neutralitätsinitiative im Parlament. Diese Flexibilität sei nötig und habe sich in den letzten 175 Jahren bewährt. «Die Neutralität ist ein Instrument und kein Selbstzweck.»

Nebst dem Bundesrat stellt sich auch eine Mehrheit des Parlamentes gegen die Neutralitätsinitiative. Die Gegner warnen davor, in einer unsicheren Welt den aussenpolitischen Spielraum einzuschränken. Die Initiative verspreche Klarheit, bringe aber Starrheit, sagte die Aargauer FDP-Nationalrätin Maja Riniker in der Parlamentsdebatte. «Neutralität ohne Kooperation in einer vernetzten Welt ist eine Illusion.» Auf Ablehnung stösst insbesondere ein Verbot von Wirtschaftssanktionen gegen kriegsführende Staaten. Hätte die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland nicht mitgetragen, «wären wir praktisch zu Putins Brückenkopf in Europa gewor-



Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) plädierte im Parlament für Flexibilität: «Die Neutralität ist ein Instrument und kein Selbstzweck.»

Foto Keystone

den», mahnte der Bündner SP-Nationalrat Jon Pult.

Unterstützt wird die Initiative einzig von der SVP, die dem Bundesrat bei der Auslegung der Neutralität enge Grenzen setzen will. Die Wahrung der Neutralität erfordere Mut und Rückgrat. «Unsere Rolle ist es nicht, mit dem Rudel zu heulen, sondern Türen für Verhandlungen offenzuhalten», sagte die Genfer SVP-Vertreterin Céline Amaudruz.

Bevölkerung für Status quo

Wie stellt sich die Bevölkerung zur Neutralität? Eine Anfang 2026 publizierte Studie des Meinungsforschungsinstitutes Sotomo zeigt, dass die

Schweizerinnen und Schweizer hinter dem Grundsatz der Neutralität stehen, aber die heutige Praxis nicht verändern wollen. So ist eine grosse Mehrheit dafür, dass sich die Schweiz nicht militärisch an Konflikten anderer Staaten beteiligt. Gleichzeitig unterstützt eine ebenso deutliche Mehrheit, dass die Schweiz bei einer Verletzung des Völkerrechts Sanktionen gegen andere Staaten ergreifen kann.

Bei der im November 2025 durchgeführten Befragung hatte die Neutralitätsinitiative einen schweren Stand: Lediglich 39 Prozent wollten ein Ja oder eher ein Ja in die Urne legen. 58 Prozent der Befragten lehnten das Begehren ab oder tendierten zu einem Nein. Nur 3 Prozent waren noch unentschieden. Neuere Abstimmungsumfragen lagen bei Redaktionsschluss nicht vor. Entscheiden werden die Stimmberechtigten am 27. September 2026. Gleichentags kommt mit der Ernährungsinitiative noch eine zweite Vorlage an die Urne (siehe Schwerpunkt S. 4–7).

Umstrittene Waffenexporte

Auch nach der Abstimmung zur Neutralitätsinitiative werden sich die Schweizerinnen und Schweizer mit der Rolle der neutralen Schweiz beschäftigen. Voraussichtlich Ende November 2026 folgt die Abstimmung zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes, gegen die linke Parteien das Referendum ergriffen haben. Sie wehren sich gegen eine geplante Lockerung beim Export von Schweizer Waffen. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit hatte die Revision im Dezember 2025 beschlossen, um der Schweizer Rüstungsindustrie zu mehr Umsatz zu verhelfen. Demnach dürften 25 westliche Staaten – darunter die USA, Argentinien, Japan sowie EU- und NATO-Länder – künftig auch dann mit Kriegsmaterial beliefert werden, wenn sie in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Dies wäre eine Abkehr von der bisher restriktiven Exportpraxis, die verhindern sollte, dass Schweizer Waffen über Umwege in Bürgerkriegen oder bei Terrororganisationen landen. Zwar kann der Bundesrat bei Waffenexporten ein Veto einlegen, wenn er aussen-, sicherheits- oder neutralitätspolitische Interessen der Schweiz gefährdet sieht. Doch aus Sicht der Gegner bleibt das Risiko bestehen, dass Schweizer Waffen unkontrolliert auf der ganzen Welt zirkulieren. Für die Ukraine ändert die geplante Lockerung nichts: Auf Druck der SVP hielt das Parlament am Verbot der Lieferung von Schweizer Kriegsmaterial nach Kiew fest.

(TP)

Der Weg zur digitalen Teilhabe bleibt steinig

Rückschlag beim E-Voting und kleine Schritte in Richtung E-Collecting:
Auslandschweizer:innen könnten auf dem digitalen Kanal einfacher mitbestimmen.
Doch sie werden weiter Geduld brauchen.

EVELINE RUTZ

Die Panne liess aufhorchen: Am 8. März 2026 kam es beim E-Voting-Testbetrieb in Basel-Stadt zu technischen Problemen. In der digitalen Urne trafen zwar 2048 Stimmen von Auslandschweizer:innen und Menschen mit Behinderungen ein. Die Urne liess sich mit dem vorgesehenen Code allerdings nicht entschlüsseln. Ihr Inhalt blieb unzugänglich – und floss nicht in die Auswertung ein. («Revue» 2/2026) Immerhin: Die Resultate fielen ohnehin deutlich aus. Die Volksentscheide wurden demnach nicht verfälscht.

Die Basler Staatskanzlei und die Bundeskanzlei (BK) teilten umgehend mit, dass die Ursache nicht beim E-Voting-System an sich zu suchen sei. In den Testkantonen St. Gal-

len, Thurgau und Graubünden hätten die elektronisch abgegebenen Stimmen wie gewohnt ausgewertet werden können. Einzig in Basel habe der Zugang über einen USB-Stick nicht funktioniert. Laut Fachleuten könnte dies auf eine fehlerhafte Handhabung zurückzuführen sein. Eine externe Analyse soll die genauen Umstände nun klären.

Basel-Stadt führt vorerst bis Ende Jahr keine weiteren Versuche durch. Die anderen drei Pilotkantone haben am 14. Juni 2026 erneut E-Voting angeboten. Davor hatten sie ihre Prozesse zur Entschlüsselung der digitalen Urne überprüft. Zudem setzten sie neben USB-Sticks weitere Speichermedien ein. Die Bundeskanzlei hatte ihnen für weitere Tests grünes Licht gegeben. Sie hatte es als «sehr

unwahrscheinlich» eingestuft, dass sich ein Vorfall wie in Basel-Stadt wiederholen werde.

An Vertrauen eingebüsst

Die Panne befeuert dennoch eine Debatte, welche die Schweiz seit über 20 Jahren beschäftigt. Kritiker:innen des E-Votings sehen sich bestätigt. «Es gibt zu viele Risiken», sagt Rahel Estermann, Co-Geschäftsleiterin der Digitalen Gesellschaft. Sie verweist auf das hohe Sicherheitsniveau, das bei Wahlen und Abstimmungen gewährleistet werden muss. Einerseits muss das Stimmgeheimnis gewahrt werden. Andererseits muss es möglich sein, die Stimmen individuell und das Resultat kollektiv nachzuvollziehen. Diese drei Anforderungen gleich-

In Basel-Stadt konnten zur Abstimmung am 8. März 2026 nur Stimmcouverts in Papierform gezählt werden. Die digitale Urne konnte nicht entschlüsselt werden. Der Vorfall löst neue Diskussionen über das E-Voting aus.

Foto Keystone



zeitig zu erfüllen, sei technisch fast unmöglich, so Estermann. Es brauche nur eine kleine Panne, damit das Resultat eines ganzen Urnengangs seine Glaubwürdigkeit verliere. Der Vorfall in Basel habe grossen Schaden angerichtet, sagt Politikwissenschaftler Michael Herrmann gegenüber SRF. «Er hat das Vertrauen der Bevölkerung zerstört und wirft den ganzen Prozess um Jahre zurück.» Schweizer:innen, die im Ausland leben, reagierten teilweise verärgert. Ihr sei es verunmöglicht worden, ihre Stimme abzugeben, sagte eine Betroffene aus Frankreich. «Für dieses Recht haben wir lange gekämpft.»

Dass die Partizipationsrechte garantiert werden müssen, betonen auch E-Voting-Befürwortende. Sie argumentieren jedoch, dass der 2023 gestartete Versuchsbetrieb bei über 300 Urnengängen positiv verlaufen sei. Nun gelte es, die richtigen Lehren zu ziehen. So werde der Zwischenfall zu Verbesserungen des E-Voting-Systems beitragen. Der Kanton Luzern will dieses ab September 2026 ebenfalls testweise einsetzen.

Dank der E-ID, die im September 2025 knapp gutgeheissen wurde, könnte E-Voting dereinst ganz digital funktionieren. Sie soll ab 1. Dezember 2026 verfügbar sein. Der Bund wollte den digitalen Ausweis ursprünglich diesen Sommer einführen. Nachdem die Eidgenössische Finanzkontrolle Bedenken geäussert hatte, setzt er jetzt aber zusätzliche Datenschutz- und Sicherheitsmassnahmen um.

Effizienter, sicherer und zuverlässiger

Die staatliche E-ID soll auch beim E-Collecting eingesetzt werden. Sie würde es erlauben, Unterschriften mit wenigen Klicks auf ihre Gültigkeit zu überprüfen. Dies würde Komitees, Gemeinden und die Bundeskanzlei



massiv entlasten. Sie könnten etwa darauf verzichten, Sammelbögen per Post hin und her zu schicken. Sie wären in Echtzeit über die Zahl der beglaubigten Unterschriften informiert und könnten ihre Arbeiten entsprechend planen. Die Stimmberechtigten wiederum würden davon profitieren, dass ihre Daten besser geschützt und zuverlässig übermittelt würden. Aus diesem Grund ist E-Collecting 2024 auf die politische Agenda zurückgekehrt. Der Skandal um gefälschte Unterschriften durch kommerzielle Sammel-Firmen («Revue» 1/2025) hat den Druck erhöht, das papierbasierte System zu verbessern. Ziel ist es nicht, den ganzen Prozess «ins Netz» zu verlagern. Im öffentlichen Raum sollen weiterhin Sammlungen stattfinden. Sie sollen dank digitaler Möglichkeiten aber effizienter, transparenter und sicherer werden.

Know-how und Meinungen fließen ein

Im Bundeshaus engagieren sich fünf von sechs Fraktionen für ein digitales System. Nicht dabei ist die SVP. Die anderen Fraktionen möchten zeitnah einen Pilotbetrieb starten. Die Bundeskanzlei bereitet einen solchen vor. Dabei bezieht sie breite Kreise ein, um zu einer mehrheitsfähigen Lösung zu gelangen. Die BK hat im August 2025 einen partizipativen Prozess gestartet – und setzt damit auf ein Vorgehen, das sich bei der E-ID bewährt hat. Sie führt regelmässig

Heute werden die gesammelten Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden schachtelweise an die Bundeskanzlei übergeben.

E-Collecting würde die Beteiligung für Auslandschweizer:innen vereinfachen.

Foto Keystone

Online-Veranstaltungen durch, an denen wissenschaftliche Erkenntnisse, technisches Know-how, Erfahrungen, Haltungen und Ideen geteilt werden. Für den schriftlichen Austausch hat sie eine Online-Plattform realisiert. Der Bundeskanzler Viktor Rossi stützt sich auf diesen Dialog, wenn er die Eckwerte des E-Collecting-Systems festlegt. Als Erstes wird über die technische Umsetzung entschieden.

Bei dem Projekt stellen sich ausserdem regulatorische, staatspolitische und organisatorische Fragen. Herausfordernd ist es beispielsweise, die Sammel-Plattform neutral zu gestalten. Sie sollte über Volksinitiativen und Referenden transparent informieren, jedoch keine politische Werbung verbreiten. Sie sollte so gebaut sein, dass es unmöglich ist, einzelne Anliegen bevorzugt zu platzieren. Expert:innen gehen davon aus, dass es mehr Sammlungen geben werde. Zivile Netzwerke könnten politische Debatten stärker prägen als heute.

Erste Erkenntnisse sind auf kantonaler Ebene zu erwarten. St. Gallen hat ein eigenes System aufgebaut, das demnächst zum Einsatz kommen soll. Genf befindet sich in der Konzeptphase. E-Collecting lasse sich technisch einfacher umsetzen als E-Voting, sagt Rahel Estermann. Wichtig sei ein datensparsamer, sicherer und quelloffener Ansatz. Der digitale Kanal würde die Partizipation erleichtern. Davon würden insbesondere Auslandschweizer:innen und Menschen mit Behinderungen profitieren. «E-Collecting würde die Demokratie stärken.»

Auslandschweizer:innen sind berechtigt, Volksinitiativen oder Referenden zu unterschreiben, sofern sie im Stimmregister eingetragen sind. Aktuell trifft dies auf 246 624 Personen zu. Konkrete Zahlen zur Beteiligung der Auslandschweizer:innen an Unterschriftensammlungen werden nicht erhoben.

Die Fotos und Notizen von Ella Maillart nehmen uns mit auf ihre Abenteuer

Ebenso wie ihr Genfer Mitbürger Nicolas Bouvier zählte Ella Maillart zu den bekanntesten Schweizer Reisenden des 20. Jahrhunderts. Von 1932 bis 1939, bevor die Welt im Zweiten Weltkrieg versank, bereiste die aus gutem Hause stammende Abenteurerin die UdSSR, den Iran, Afghanistan, China und den Rest Asiens, insbesondere Zentralasien. Ihre Bilder zeichnen das Porträt einer mutigen und unerschrockenen Frau. Auf einem sehen wir Strassenszenen aus Moskau, während Stalin sein Terrorregime im Land errichtete. Auf einem anderen überquert Ella Maillart einen Pass in über 4800 Metern Höhe. Dann wiederum sehen wir sie in den Wüsten Chinesisch-Turkestan. Damals konnte man Reisende aus dem Westen, die diese Regionen durchquerten, an einer Hand abzählen. Die Ausstellung in Lausanne zeigt eine Auswahl von Abzügen, die eigens für diesen Anlass erstellt wurden. Sie stammen aus Archiven, die Ella Maillart 1988 dem Museum Foto Elysée und der Universität Genf vermachte. Notizen der Abenteurerin am Rand der Fotografien begleiten den Besuch der Ausstellung. Diese wirft ein Licht auf die zahlreichen historischen Ereignisse, deren Zeugin Ella Maillart wurde: die Sowjetisierung Zentralasiens, den Wandel Chinas nach dem Ende des Kaiserreichs und die Gründung von Mandschukuo – einem von Japan kontrollierten Staat in der Mandschurei. Das Zusammenspiel der Fotografien und Notizen offenbart einen von tiefer Menschlichkeit geprägten Blick auf die Welt. Die Fotografien wurden ins UNESCO-Register «Memory of the World» aufgenommen.

STÉPHANE HERZOG

Ausstellung: Ella Maillart. Fotografische Erzählungen
Zu sehen bis 1. November 2026 im Foto Elysée,
Place de la Gare 17, 1003 Lausanne



4



5



6



7



8

1 Ella Maillart leiht ihre Leica aus.

Foto Nachlass Ella Maillart und Foto Elysée, Lausanne

2 Ella Maillart, Die neue Eisenbahnstrecke zwischen Nanyo und Ninguta westlich von Wladiwostok, 1934, japanisch besetztes Korea.

Foto Nachlass Ella Maillart und Foto Elysée, Lausanne

3 Ella Maillart, Schlittschuhläufer vor der Verbotenen Stadt, 1935, Peking, Republik China.

Foto Nachlass Ella Maillart und Foto Elysée, Lausanne

4 Ein Porträt von Ella Maillart in der Ausstellung im Foto Elysée. Die Genferin starb am 27. März 1997 in Chandolin (VS). Sie wurde 94 Jahre alt.

Foto Elysée, Lausanne

5 Schwarz-Weiss-Bilder vom anderen Ende der Welt.

Foto Elysée, Lausanne

6 Ella Maillart, In der Tsaidam-Wüste, auf 3000 Metern Höhe, Ende Mai 1935. Der Berg Kitin Kara im Kunlun-Gebirge in der Provinz Qinghai, Volksrepublik China. Foto Nachlass Ella Maillart und Foto Elysée, Lausanne

7 Ella Maillart, Meine Strasse – Ostojenka, 1930, Moskau, Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, UdSSR.

Foto Nachlass Ella Maillart und Foto Elysée, Lausanne

8 Ella Maillart, Ukrainischer Messerschleifer, 1930, Moskau, Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, UdSSR.

Foto Nachlass Ella Maillart und Foto Elysée, Lausanne

Femizide in der Schweiz: Gewalt hinter verschlossenen Türen

Häusliche Tötungsdelikte an Frauen erreichten im Jahr 2025 einen neuen Höchststand. Bund und Kantone haben Massnahmen ergriffen, um die Gewalt einzudämmen und die Opfer besser zu schützen. Doch reicht das, was die Schweiz tut?

SUSANNE WENGER

Tatort Binningen (BL): Am 13. Februar 2024 um die Mittagszeit schlägt ein 41-jähriger Mann seine 38-jährige Ehefrau ins Gesicht, würgt sie bewusstlos und stranguliert sie im gemeinsamen Eigenheim im Villenviertel. Das Paar mit zwei Kleinkindern stand vor der Trennung. Der Ehemann verstümmelt die Leiche, um sie verschwinden zu lassen. **Tatort Corcelles (NE):** In der Nacht auf den 20. August 2025 sterben eine 47-jährige Frau und ihre zwei Töchter durch Messerstiche in ihrer Wohnung. Schnell gerät der 52-jährige Ex-Mann ins Visier der Ermittlungen. **Tatort Grabs (SG):** Am 26. April 2026 stirbt eine 71-jährige Frau in ihrem Einfamilienhaus. Die Polizei nimmt den 67-jährigen Ehemann fest.

Drei Orte, drei Jahre, drei Blutstatten. Sie zeigen, wie gefährlich das eigene Zuhause für Frauen jeden Alters in der sonst so friedlichen Schweiz sein kann. Gewalt durch Partner und Ex-Partner rückt allmählich ins Bewusstsein von Gesellschaft und Politik – doch solche Taten sind schon seit Langem viel mehr als Einzelfälle. Durchschnittlich alle zwei bis drei Wochen stirbt in der Schweiz eine Frau durch häusliche Gewalt. 2025 erreichte die Zahl mit 25 getöteten

Gewalt durch Partner und Ex-Partner rückt ins Bewusstsein von Gesellschaft und Politik – doch solche Taten sind seit Langem mehr als Einzelfälle.

Frauen und Mädchen einen Höchststand, seit der Bund 2009 begann, diese Tötungen separat auszuweisen. Insgesamt zählte die Schweiz letztes Jahr 55 Tötungsdelikte.



Das Opfer nicht vergessen: Während dem Prozess gegen einen Ehemann im Mai 2026 nahe Basel bildeten Menschen vor dem Gerichtsgebäude eine Kette und erinnern an die getötete Frau. Foto Keystone

Regierung alarmiert

Auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt. Doch bei Tötungen zeigt sich ein klares Muster: Über 90 Prozent der Opfer sind Frauen, die Täter meist Männer. Die Rekordzahl von 2025 alarmierte die Regierung. «So kann es nicht weitergehen», erklärte Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider. Justizminister Beat Jans sprach von einem Sicherheitsproblem: Kein anderes Verbrechen fordert in der Schweiz so viele Todesopfer wie die Gewalt gegen Frauen. Bereits Mitte 2025, als sich die Häufung abzeichnete, beschloss ein Ausschuss aus Bund, Kantonen und

Gemeinden dringliche Massnahmen. Unter anderem sollten Regionen bei der Bereitstellung von Schutzplätzen in Frauenhäusern zusammenarbeiten.

Nora Markwalder, Strafrechtsprofessorin an der Universität St. Gallen, sieht bislang keinen anhaltenden Anstieg bei den Tötungen von Frauen. Doch auch die «stabile Tendenz» sei besorgniserregend. Während Tötungsdelikte unter Männern – etwa im Ausgang, im Milieu oder bei Streitigkeiten – in den letzten Jahrzehnten in der Schweiz stark zurückgingen, blieben die Partnerschaftstötungen von Frauen durch Männer konstant. «Das wirft Fragen auf», sagt die Kriminologin.

Kein «Familiendrama»

Eine mögliche Antwort liefert der Begriff Femizid. Geprägt in den 1970er-Jahren von der US-Soziologin Diana Russell, verweist er auf die gesellschaftliche Dimension solcher Taten. Nach einer UNO-Definition von 2012 gelten Tötungen an Frauen im häuslichen Bereich als Femizide. Analysen zeigen, dass sie oft mit Dominanzstreben, Besitzdenken und geschlechtsbezogenen Rollenerwartungen des Täters zusammenhängen. Trennungen werden dabei zu Hochrisikophasen. «Rund die Hälfte der Tötungen geschieht während oder nach der Trennung», erklärt Markwalder.

In der Schweiz ist Femizid kein juristischer Begriff. Frauenrechtsgruppen, Politik und das Rechercheprojekt stopfemizid.ch nutzen ihn seit einiger Zeit, um Fälle sichtbar zu machen. Doch auch Medien und Behörden greifen ihn zunehmend auf. Für Markwalder benennt er die Realität: «Es ist eine Tötung – kein Familiendrama, kein Unglück, keine Tat aus übermässiger Liebe, wie es früher oft beschönigend umschrieben wurde.»

Neue Opferhilfenummer

Lange galt in der Schweiz: Was zuhause geschieht, geht den Staat nichts an. Erst seit 2004 ist häusliche Gewalt – Vergewaltigungen, Tötlichkeiten, Drohungen – ein Officialdelikt. Politikerinnen setzten sich über Parteigrenzen hinweg immer wieder für Massnahmen gegen Gewalt an Frauen ein. Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention des Europarats 2018 verpflichtete sich die Schweiz zum Handeln. Eine «Roadmap» von Bund und Kantonen brachte erste Ergebnisse: Seit Frühjahr 2026 ist die landesweite Opferhilfe-Telefonnummer 142 in Betrieb. Die

Bund und Kantone planen für 2027 eine neue nationale Strategie gegen häusliche und sexuelle Gewalt.

Kantone verstärken ihr Bedrohungsmanagement, um Gewalt frühzeitig zu erkennen. Denn oft steht ein Femizid am Ende einer Gewaltspirale, wie eine Analyse des Bundes ergab.

Die Polizei spricht Gefährder inzwischen gezielt an. In einigen Kantonen laufen Pilotprojekte mit elektronischen Fussfesseln, um Kontaktverbote durchzusetzen. Der Bund startete eine Präventionskampagne, um die Bevölkerung für häusliche Gewalt zu sensibilisieren. Auch Gesetzesänderungen stehen zur Debatte, etwa im Waffenrecht. Eine Studie der Universität St. Gallen zeigte 2025, dass bei häuslichen Tötungen in der Schweiz überdurchschnittlich oft Schusswaffen zum Einsatz kommen, vor allem bei älteren Tätern. Ein Grund: Schweizer Männer können ihre Armeewaffen nach der Entlassung aus der Dienstpflicht behalten.

Tötungsdelikte gingen in der Schweiz stark zurück, doch Tötungen von Frauen durch ihre Partner bleiben stabil. «Das wirft Fragen auf», sagt Strafrechtsprofessorin Nora Markwalder. Foto ZVG



Kritik und Forderungen

Frauenrechtsorganisationen und linke Parteien kritisieren, dass die Schweiz die Istanbul-Konvention trotz Fortschritten nur unzureichend umsetze. Es fehle an finanziellen Mitteln für Frauenhäuser, und der Schutz von Frauen variere stark zwischen den Kantonen. Die rechtsbürgerliche SVP sieht in häuslicher Gewalt vor allem ein MigrantInnenproblem. Sie fordert härtere Strafen und konsequente Landesverweise.

Bund und Kantone planen für 2027 eine neue nationale Strategie gegen häusliche und sexuelle Gewalt. Sie soll ein einheitlicheres Vorgehen bringen und auch digitale Gewalt in den Blick nehmen. Das nationale Parlament beschloss zudem eine Machbarkeitsstudie zur statistischen Erfassung von Femiziden, auch ausserhalb des häuslichen Umfelds.

Ein Prozess, der aufrüttelte

Im Fall der Tötung von Binningen fand im Mai 2026 der Prozess in erster Instanz statt. Er offenbarte die zerstörerische Dynamik häuslicher Gewalt. Das Strafgericht Basel-Landschaft verurteilte den Ehemann wegen Mordes und Störung des Totenfriedens zu lebenslanger Haft. Das Gericht stellte fest, dass der Täter aus Kontrollbedürfnis, Kränkung über die Trennungsabsicht, Rache und Wut handelte. Getötet habe er letztlich, um die häusliche Gewalt zu vertuschen. Der Gerichtspräsident sprach das gesellschaftliche Problem an: «Das hier ist ein Femizid.» Angehörige, Freunde und Aktivistinnen erinnerten während der Urteilsverkündung mit einer Menschenkette vor dem Gerichtsgebäude an die getötete Frau.

Leben auf der hohen Kante

Eine extreme Lage, extreme Extremsportler und nun noch die extremste Luftseilbahn:
Was heisst es, in Mürren (BE) zu leben – am Rand eines gährenden Abgrunds?



Die Schilthornbahn nach Mürren ist die steilste Luftseilbahn der Welt. Sie ist so steil, dass die Kabinen die Talstation gewissermassen durchs Dach verlassen. Foto Dölf Barben

DÖLF BARBEN

Mitten in Mürren gibt es ein Plätzchen, wo sich Touristinnen und Touristen gern hinstellen, um Fotos zu machen. Auch an diesem Tag. Eine junge Frau wirft ihre langen Haare zuerst nach vorn, dann nach hinten – und strahlt vor einem imposanten Hintergrund. Ihre Freundin richtet das Smartphone auf sie. Von der Seite nähert sich eine Mutter mit ihrem kleinen Sohn. «Gib acht», sagt sie, «es hat kein Geländer.»

Die Frau ist etwas übervorsichtig; denn gefährlich ist es hier nicht. Noch nicht. Von diesem Aussichtspunkt aus führt ein Pfad über eine steil abfallende Wiese hinab. Nach etwa 100 Metern gelangt man zu einem Lattenzaun mit einem Türchen. Hier also ist die Kante. Das Türchen ist offen. Auf der Aussenseite des Zauns befindet sich eine Absprungstelle für Basejumper – jene tollkühnen Frauen und Männer, die von Felsen springen und sich von Fallschirmen auffangen lassen.

Hält man sich mit einer Hand am Zaun fest und schiebt den Kopf nach vorn, ist es möglich, einen Blick in die

Tiefe zu erhaschen. Die Talstation der Luftseilbahn. Parkplätze. Strassen. Häuser. Autos. Alles erscheint unwirklich klein und doch irgendwie nah. Es ist auf eine unfassbare Art beängstigend.

Mit der Bahn durchs Dach

Mürren liegt im Lauterbrunnental, nicht weit von Interlaken entfernt. Es thront oberhalb einer senkrechten, teils überhängenden Felswand. Zumindest in der Schweiz dürfte es keine andere Siedlung geben, die ähnlich exponiert über einem Abgrund liegt.

Wie aussergewöhnlich Mürrens Lage ist, zeigt sich an der neuen Luftseilbahn. Es ist die steilste der Welt. Fährt sie los, fühlt es sich an, als würde man an den Haaren in die Höhe gezogen. Bei gewöhnlichen Luftseilbahnen schweben die Kabinen vorne zur Talstation hinaus. Hier verlassen sie gewissermassen das Gebäude durchs Dach.

Die Trageile weisen so steil nach oben wie ein Stundenzeiger, der auf



Höher, weiter,
schneller, schöner?
Auf der Suche nach
den etwas anderen
Schweizer Rekorden.
**Heute: ein Ort der
Extreme.**

einem Zifferblatt fast bei elf Uhr steht. Die Rekordsteigung beträgt, technisch ausgedrückt, 159,4 Prozent. Während der Fahrt klebt man am Fenster und starrt auf nackte Felsen. Da und dort spritzt Wasser in die Tiefe. 775 Meter Höhenunterschied in vier Minuten.

James Bond im Drehrestaurant

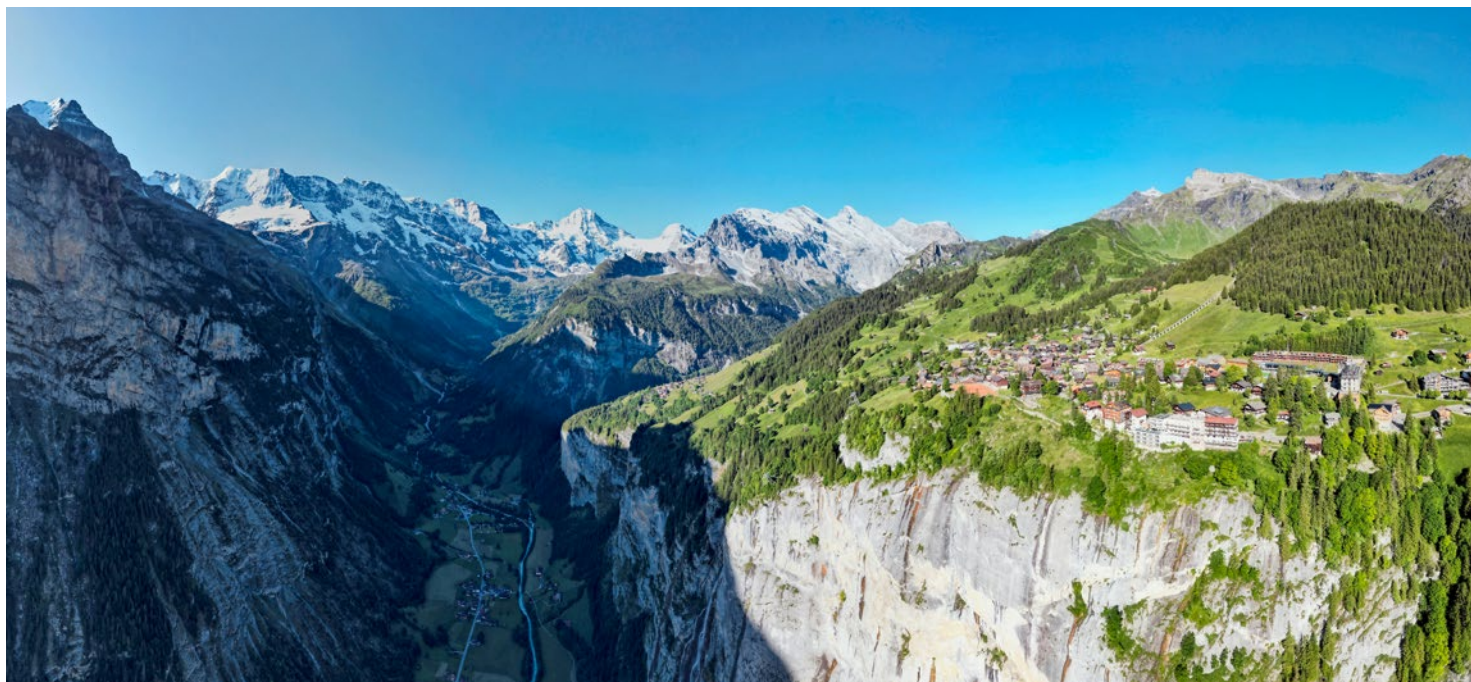
Mürren und sein Abgrund. Es gibt alte, wunderschöne Werbeplakate, die mit diesem Kitzel spielen. Eine winzige, von der Sonne beschienene Siedlung oben auf einer dunklen Klippe. Aber sonst?

Für die Menschen, die hier leben, scheint das Bedrohliche des nahen Abgrunds kein Thema zu sein. Sprechen sie über «ihr» Mürren, erzählen sie vom schönsten Ort auf Erden, von der Ruhe im autofreien Dorf, von der glorreichen Geschichte des Tourismus oder vom Drehrestaurant Piz Gloria auf dem Schilthorn und von James Bond. Einer der Filme, «Im Geheimdienst Ihrer Majestät», wurde dort gedreht und machte Mürren in der Welt draussen noch bekannter. Vom Abgrund spricht aber niemand. Man muss schon danach fragen.

Zum Beispiel Kurt Huggler (81). Er ist in Mürren aufgewachsen, war Skirennfahrer, Kurdirektor und Hotelier. «Doch, doch», sagt er, «wir Buben waren oft bei den Felsen unten.»

Kurt und Verena
Huggler vor ihrem
Haus in Mürren.
Er war Kurdirektor
und Hotelier. Beide
fuhren Skirennen.
Foto Dölf Barben





Sie hätten Dinge hinabgeworfen, seltene Blumen gepflückt oder sich an den Rand gesetzt und in die Tiefe geblickt. Nicht alles erzählten sie den Eltern. Als Huggler eine Mutprobe schildert, wird es einem vom Zuhören mulmig zumute: Diese habe darin bestanden, sich mit den Beinen kopfüber an einen Baumstamm zu hängen – der über den Abgrund hinausragte.

Huggler beschwichtigt, es sei nie etwas passiert. Vielleicht auch dank elterlicher Abschreckung. Den kleinen Kindern erzählte man, in der Felswand wohne ein Männchen mit einem Haken. Dieses wolle Mädchen und Buben in die Tiefe ziehen und fressen. Hört man Huggler zu, beginnt man zu verstehen: Er hat ein Verhältnis zum Risiko, wie es nur Bergler haben können. Er war zeitlebens auf Gipfel geklettert und erklärt: «Nie würde ich eine schwierige Route ungesichert begehen.» Damit ist auch gesagt, was er vom Basejumps hält. Bergbewohner seien sich immer bewusst, wie gefährlich etwas ist; die Familien seien auf jede und jeden angewiesen. «Man kann es sich nicht leisten, in den Tod zu stürzen.»

Huggler muss selber lachen, als er über einen anderen Aspekt des nahen Abgrunds erzählt. «Früher haben wir den Kehricht einfach über den Felsen gekippt.» Plastik gab es anfäng-

lich kaum. Auch keinen Grünabfall. «Den verfütterten wir den Schweinen.» Es waren vor allem leere Konservenbüchsen, allerlei Sperrgut und einmal sogar eine halbe Glacémaschine aus einem Hotel – «das war ein Spektakel!» Der Müll kullerte nicht bis ins Tal; er blieb auf einem Felsband liegen und wurde später zugeschüttet. Huggler schmunzelt: «Dort sollte man einmal graben: Man würde sehr viel über Mürren erfahren.»

«Das muss man gesehen haben»

Als Sven von Arx (30), Gebäudetechniker und Mitglied des örtlichen Gemeinderates, vor sechs Jahren herzog, fühlte er sich von diesem Ort überwältigt. «Ich bin bis heute nicht aus dem Staunen herausgekommen.» Anfänglich habe er sich tatsächlich gefragt, wie Menschen auf die Idee

Das Dorf Mürren (rechts im Bild) liegt rund 800 Meter über der Talsohle des Lauterbrunnentals. Die Menschen sind ein Leben am Abgrund gewöhnt. Foto Wikimedia

Sven von Arx kam vor sechs Jahren nach Mürren und staunt noch immer über die Lage des Dorfes. Foto Dölf Barben

kommen konnten, sich hier oben niederzulassen.

Inzwischen hat er sich an die aussergewöhnliche Lage gewöhnt. Ähnlich erging es ihm beim Gleitschirmfliegen, das er eine Zeitlang ausübte. Als er zum ersten Mal über die Kante ins Tal hinaus schwebte und er sich dieser riesigen Leere unter sich gewahr wurde, sei das ein furchterregender Moment gewesen. «Aber nach 40 Flügen war es nichts Besonderes mehr.»

Dasselbe mit der neuen Luftseilbahn. Die Fahrt sei spektakulär. Aber in der Kabine stehe er schon lange nicht mehr am Fenster. «Das machen nur noch die Touristen.»

Die Felskante fasziniert ihn dennoch. Kommen Freunde zu Besuch, lädt er sie gern auf den Klettersteig ein. Das ist eine Route in die Felswand hinunter, auf der man ständig gesichert ist. «Das muss man schon gesehen haben», sagt er. Auf dem Klettersteig kommt man an einer Absprungstelle der Basejumper vorbei. Von Arx denkt darüber ähnlich wie der geborene Bergler Kurt Huggler: «Wenn ich das sehe, denke ich: Wie kann man nur?»



Der Klettersteig
«Via Ferrata» bei Mürren



Erinaceus europaeus



Foto Pro Natura

Seit fast 30 Jahren ernennt Pro Natura das Schweizer Tier des Jahres. 2026 fiel die Wahl auf den Braunbrustigel, *Erinaceus europaeus*. Eine überraschende Entscheidung der ältesten Naturschutzorganisation der Schweiz, denn kein Wildtier braucht hierzulande weniger Aufmerksamkeit als der Igel. Sein niedliches Aussehen und die Fähigkeit, sich stachelig einzurollen, entzücken die Nation. Wenn er in Sommernächten schnüffelnd und schmatzend durch die Gärten tippelt, löst dies Freude aus. Freiwillige pflegen verletzte Tiere in Stationen, und am Strassenrand mahnen Plakate zur Vorsicht, damit Igel sicher die Fahrbahn überqueren. Wozu also die Auszeichnung? Um zu zeigen, dass Sympathie allein nicht genügt. Der Igelbestand in der Schweiz schrumpft, seit vier Jahren gilt das Tier als «potenziell gefährdet». Der Grund: Igel leben heute vor allem in Städten und Dörfern, wo dichter werdende Siedlungen ihre Lebensräume zerstören. Pro Natura ruft dazu auf, dem Igel das Leben in unserer Nähe zu erleichtern. Die nachtaktiven Tiere brauchen Unterschlüpfte als Tagesverstecke und für ihre Nester. Sie brauchen Durchgänge in Zäunen und Mauern für ihre Streifzüge. Und sie brauchen naturbelassene Flächen mit Pflanzen, die Insekten anlocken – Käfer, Tausendfüssler und Raupen stehen ganz oben auf ihrem Speiseplan. Zudem gilt es tödliche Gefahren zu beseitigen: Pools sollten abgedeckt, Mähroboter vermieden werden. Gegen deren Klängen schützen den Igel auch seine bis zu 8000 Stacheln nicht. Fachleute raten der ordnungsliebenden Schweizer Bevölkerung: Statt sauber gemähtem Rasen und aufgeräumten Gärten bevorzugt der Igel Unordnung mit Laubhaufen und Totholz. Im November zieht er sich wieder in den Winterschlaf zurück – vorausgesetzt, er findet ein passendes Plätzchen.

SUSANNE WENGER

Neuinterpretation der Swissness

Das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum (IGE) hat die Praxis zur Verwendung des Schweizerkreuzes gelockert. Damit reagiert das IGE auf globale Marken wie den Schuhhersteller On. Bislang mussten mindestens 60 % der Herstellungskosten in der Schweiz anfallen, damit das Schweizerkreuz auf Produkten angebracht werden durfte. Neu gilt: Wenn Produkte in der Schweiz entworfen oder entwickelt werden, darf das Schweizerkreuz unter gewissen Bedingungen ebenso verwendet werden. (WS)

OECD kritisiert hohe Kita-Kosten

Die Schweiz hat laut einem Bericht der OECD Nachholbedarf bei der Gleichstellung der Geschlechter. Der Einkommensunterschied zwischen Mann und Frau gehört im internationalen Vergleich zu den höchsten. Hauptgründe sind der hohe Anteil von Frauen in Teilzeitarbeit und die Kosten der Kinderbetreuung. Das Parlament hat im Dezember ein Kita-Gesetz verabschiedet, das höhere Zuschüsse ermöglichen soll. (WS)

Abgewiesene Beschwerde gegen E-ID

Letzten September stimmten 50,4 Prozent des Stimmvolks Ja zur Einführung der E-ID. Das Bundesgericht wies Beschwerden gegen die Abstimmung zurück. Auslöser war unter anderem eine Spende der Swisscom an das Pro-Komitee – ein Verstoß gegen die politische Neutralität staatlich kontrollierter Unternehmen. Das Bundesgericht erklärte die Beschwerden für unzulässig, weil sie verspätet eingereicht wurden. Das Abstimmungsergebnis bleibt gültig. Die Einführung der E-ID ist für Dezember vorgesehen. (WS)

Bundesrat verschärft Too-big-to-fail-Regulierung

Der Bundesrat will systemrelevante Banken wie die UBS zu höheren Eigenkapitalreserven verpflichten. Künftig sollen Beteiligungen an ausländischen Tochtergesellschaften vollständig mit direkt verfügbarem Eigenkapital abgesichert werden. Hintergrund ist der Zusammenbruch der Credit Suisse 2023. Die neuen Regeln sollen das Risiko staatlicher Rettungsaktionen senken und die Stabilität des Finanzplatzes stärken. Das Parlament berät die Vorlage voraussichtlich im Herbst. (WS)

Bundesrat verzichtet auf höheres Rentenalter

Der Bundesrat hat die Reform AHV 2030 in die Vernehmlassung geschickt. Statt das Rentenalter zu erhöhen, setzt er auf Anreize für längeres Arbeiten. Geplant sind höhere Freibeträge für Erwerbstätige nach 65 und ein flexiblerer Rentenbezug. Zudem sollen Frühpensionierungen erschwert werden. Die Reform soll der AHV bis 2040 jährlich rund 600 Millionen Franken zusätzlich einbringen. Offen bleibt die Finanzierung der 13. AHV-Rente, die im Dezember zum ersten Mal ausbezahlt werden soll. (WS)

IMPRESSUM

Die «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizer:innen, erscheint im 51. Jahrgang fünfmal jährlich in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 13 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 479 000 Exemplaren (davon 311 000 elektronische Exemplare).

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer:innen erhalten die Zeitschrift gratis. Nichtauslandschweizer:innen können sie für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.–).

ONLINE-AUSGABE
www.revue.ch

REDAKTION
Walter Schmid, Chefredaktor (WS)
Stéphane Herzog (SH)
Theodora Peter (TP)
Susanne Wenger (SWE)
Amandine Madziel, Vertretung EDA (AM)

AMTLICHE MITTEILUNGEN DES EDA
Die redaktionelle Verantwortung für die Rubrik «Aus dem Bundeshaus» trägt die Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz.
kdip@eda.admin.ch | www.eda.admin.ch

ANZEIGENLEITUNG
Airpage AG, Uster/Zürich
furrer@airpage.ch | www.airpage.ch

Die Auftraggeber:innen von Inseraten und Werbeeinlagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.

REDAKTIONSASSISTENZ
Nema Bliggenstorfer (NB)

ÜBERSETZUNG
SwissGlobal Language Services AG, Baden

GESTALTUNG
Roman Häfliger, Zürich

DRUCK & PRODUKTION
Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

HERAUSGEBERIN
Herausgeberin der «Schweizer Revue» ist die Auslandschweizer-Organisation (ASO). Sitz der Herausgeberin, Redaktion und der Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
revue@swisscommunity.org
Tel. +41 31 356 61 10
Bankverbindung:
CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBECHE22

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE
16. Juni 2026

ADRESSÄNDERUNGEN
Änderungen in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Daten.

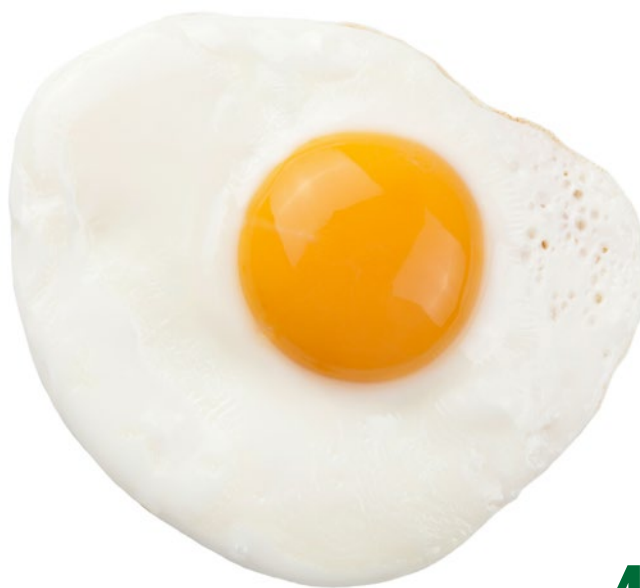


Eier, Sprachen und Alter – von allem ein bisschen mehr

5

Die Schweiz gehört zu den fünf bestbewerteten Ländern der Welt. Auch 2025 wird sie als stabil, wohlhabend und verlässlich wahrgenommen – mit funktionierenden Institutionen und hoher Lebensqualität. Von aussen betrachtet ein unerschütterliches Erfolgsmodell, dessen Strahlkraft auch in unsicheren Zeiten bestehen bleibt.

QUELLE: EDA



0,4

In der Schweiz leben die Menschen länger. Frauen werden 0,4 zusätzliche Jahre gegönnt, Männern 0,3. Neugeborene Mädchen dürfen heute mit 86,3 Lebensjahren rechnen, Buben mit 82,7. Gleichzeitig verschiebt sich die Altersstruktur: Erstmals leben mehr Menschen mit über 65 Jahren in der Schweiz als unter 20-Jährige. Das Land wird älter – mit weitreichenden Folgen für AHV, Arbeitsmarkt und Politik. Sie muss sich auf ein Land einstellen, das länger lebt, als es jung bleibt.

QUELLE: BFS

25 %

In einem Land mit vier Amtssprachen nutzt ein Viertel der Bevölkerung eine anderweitige Hauptsprache. Am häufigsten sind Englisch, gefolgt von Albanisch und Portugiesisch. Besonders jüngere Altersgruppen, Schweizer:innen mit Migrationshintergrund und Ausländer:innen nutzen oft mehr als eine Hauptsprache. Die Schweiz ist sprachlich vielfältiger als ihre vier Landessprachen vermuten lassen.

QUELLE: BFS

15 000

In der Schweiz wird das Frühstücksei knapp. Das Zollkontingent wurde um 15 000 Tonnen erhöht, damit bis Jahresende rund 240 Millionen zusätzliche Eier zum tieferen Zollansatz importiert werden können. Der Grund: Der Konsum steigt schneller als die Produktion. Durchschnittlich isst man in der Schweiz 197,7 Eier pro Jahr.

QUELLE: BUNDESAMT FÜR LANDWIRTSCHAFT BLW

409 000

So viele Übernachtungen meldete der Schweizer Alpen-Club (SAC) in seinem Rekordjahr 2025. Die beliebteste Hütte war mit 10 053 Übernachtungen die Lämmerenhütte am Gemmipass im Kanton Wallis. Während die Sehnsucht nach den Bergen wächst, könnten laut einer vom SAC in Auftrag gegebenen Studie über ein Drittel der Hütten durch tauenden Permafrost instabil werden. Die Schweizer Idylle steht auf unsicherem Grund.

QUELLE: SAC

ZAHLENRECHERCHE: WALTER SCHMID

Fracht eines römischen Schiffs geborgen

Archäolog:innen haben im Neuenburger See Keramik, Werkzeuge und Waffen aus dem 1. Jahrhundert n. Chr. entdeckt. Sie erhoffen sich neue Erkenntnisse über Transport, Handel und technisches Know-how im Römischen Reich.

EVELINE RUTZ

Es hätten Minen aus dem Zweiten Weltkrieg sein können. Im November 2024 erkundeten zwei Taucher eine Stelle im Neuenburger See, an der zahlreiche runde Objekte lagen. Erst als sie ihre Lampen einschalteten, wurde ihnen bewusst, dass sie nicht Kriegsmaterial vor sich hatten. «Die charakteristische Farbe von Terra-kotta kam zum Vorschein», erinnert sich Julien Pfyffer, Gründer und Präsident der Fondation Octopus. Zusammen mit einem Archäologen des Kantons Neuenburg erkannte er, dass sie Teller betrachteten. Zwischen Algen, Muscheln, Sand und Steinen entdeckten sie weitere Gefässe aus Keramik. Sie blickten auf unzählige Becher, Schalen und Schüsseln – und realisierten, dass dies ein aussergewöhn-

«Wir blieben mehrere Minuten wie angewurzelt über dieser Schiffsladung.»

Julien Pfyffer, Präsident Fondation Octopus

licher Fund war. «Wir blieben mehrere Minuten wie angewurzelt über dieser Schiffsladung», sagt Pfyffer. Seither sind zweieinhalb Jahre vergangen. Das Kantonale Amt für Archäologie (OARC) hat 2025 und 2026 Ausgrabungen durchgeführt. Es ist dabei vom Archäologischen Dienst des Kantons Freiburg (SAEF) und der Fondation Octopus unterstützt worden. Ein gemeinsames Team hat in Ufernähe gegen 1000 Gegenstände identifiziert, dokumentiert und aus

dem Wasser gehoben. Es hat sie kistenweise ins Laténium, einen Park und ein Archäologisches Museum in Hauterive, gebracht und dort in speziellen Depots eingelagert.

Aus Angst vor Plünderungen und Beschädigungen arbeiteten die Verantwortlichen unter strenger Geheimhaltung. Erst kürzlich informierten sie die Öffentlichkeit. «Der Fund ist von unschätzbarem Wert», betont Sonia Wüthrich, die das OARC leitet. Der Reichtum, die Vielfalt und der ungewöhnlich gute Zustand der Waren seien in der Schweiz einzigartig.

Eine wichtige Verkehrs- und Handelsroute

Die Fundstücke dürften von einem Frachtschiff stammen, das in der Zeit

Runde Kreise am Boden des Neuenburger Sees: Eine Drohnenaufnahme führte zum spektakulären Fund.

Foto Octopus Fondation





zwischen 20 und 50 n. Chr. untergegangen ist. Über den Neuenburger See führte damals eine wichtige Verkehrs- und Handelsroute. Sie verband den südlichen mit dem nördlichen Teil des Römischen Reichs und wurde genutzt, um Lebensmittel, Baumaterialien, Handelswaren, Tiere und Menschen zu befördern. Über Wasserwege konnten Transporte einfacher, effizienter und günstiger abgewickelt werden als über Landwege. Dass Schweizer Binnengewässer zur Römerzeit dem Transit dienten, legten schon frühere Funde nahe. In Deutschland, Südfrankreich und im Mittelmeer wurden Überreste römischer Handelsschiffe ausgegraben. Bislang wurden aber nur wenige Frachtstücke zutage gefördert.

Die umfangreiche, gut erhaltene Ladung aus dem Neuenburger See ist daher – nicht nur für die Region, sondern europaweit – aussergewöhnlich. Sonia Wüthrich spricht von einer «einmaligen Quelle für bisher unbekannte Informationen». Der Fund eröffne «vielversprechende Perspektiven für die Forschung zur Romanisierung und zur Wirtschaftsgeschichte des helvetischen Gebiets».

Waren aus Andalusien

Die geborgenen Keramikgefässe dürfen in einer lokalen Manufaktur her-

gestellt und für den Verkauf bestimmt gewesen sein. Sie waren sorgfältig in Holzkisten verpackt. Einige Teller lagen gestapelt auf dem Seegrund – als wären sie gerade aus einem Regal gekippt. Auf dem Boot wurden sie vermutlich auf einem Wagen aus Eschenholz gelagert. Darauf deuten vier Räder hin. Sie zeugen von einem dualen Transportsystem: Land- und Wasserwege wurden im 1. Jahrhundert n. Chr. offenbar kombiniert. Dass Handelsnetze über weite Strecken führten, belegen zwei intakte Amphoren. Sie stammen aus einer römischen Provinz in der Gegend des heutigen Andalusien und waren wahrscheinlich mit Olivenöl gefüllt. Drei römische Schwerter, die samt Holzscheide erhalten sind, könnten auf eine militärische Eskorte hinweisen. Sie könnten dazu gedient haben, den Transport abzusichern, oder einfach Teil der Ladung gewesen sein.

Die Relikte waren über eine Strecke von 600 Metern verstreut. Gut möglich, dass die Matrosen Waren über Bord geworfen haben, als sie in Seenot gerieten. «Wir wollen die Umstände dieses Schiffsunglücks verstehen und genauer bestimmen», sagt Sonia Wüthrich. Das Ereignis werde in einen breiteren historischen Kontext eingeordnet. So sollen neue Erkenntnisse über Transportwege, Handelsnetze, technisches Know-how,

Ein Kessel aus Bronze: Die Menge und Vielfalt der Fundstücke macht die anstehenden Arbeiten aufwändig.
Foto Octopus Fondation

Keramikmanufakturen und den Vertrieb der Produkte gewonnen werden.

Aufbereitung für die Öffentlichkeit

Priorität haben vorerst allerdings die Konservierungs- und Restaurierungsarbeiten. Sie sind wegen der grossen Menge an Objekten und der verschiedenen Materialien herausfordernd. Das OARC musste beispielsweise zusätzliche Kühldepots mieten und die Lagerräumlichkeiten neu organisieren. Der logistische und der finanzielle Aufwand seien hoch, räumt Kantonsarchäologin Wüthrich ein. Es handle sich aber um einen «notwendigen Schritt, um die Objekte langfristig zu erhalten und der wissenschaftlichen Gemeinschaft sowie später der Öffentlichkeit zugänglich zu machen». Diese soll Mitte 2027 mehr über den Fund und die Ausgrabungen erfahren. Ein Buch und ein Dokumentarfilm sind in Arbeit. Auch eine kleine Sonderausstellung ist denkbar. Im Museum Laténium soll es dereinst eine eigene Abteilung zur Schifffahrt und zur römischen Epoche geben.

Dass die wertvolle Fracht jetzt zum Vorschein kam, hat mit Gewässerkorrekturen im 19. und 20. Jahrhundert zu tun. Sie liessen den Pegelstand sinken und veränderten die Strömung des Wassers. Was einst im Sediment verschwand, wird nun freigelegt. «Wir überwachen die Seegrundflächen und das unter Wasser liegende Kulturerbe regelmässig», sagt Sonia Wüthrich. Das geschehe durch Luftbeobachtungen und Tauchgänge. Auf die Schiffsladung stiess man dank einer Drohnenaufnahme. Sie zeigte eine dunkle Stelle mit kleinen Kreisen. Gibt es Orte, an denen die Fachleute ähnliche Relikte vermuten? «Derzeit nicht», sagt Sonia Wüthrich. «Dies ist jedoch nicht ausgeschlossen!»

Dinosaurier und ihre Verwandten lassen Schweizer Herzen höherschlagen

In der Schweiz gibt es mehrere Möglichkeiten, die Welt der Dinosaurier zu entdecken: die Spuren oberhalb des Lac du Vieux Emosson (VS), das Museum Jurassica (JU) und die Fundstätte von Frick (AG). Auch wenn es sich im Wallis nur um entfernte Verwandte der Dinosaurier handelt, üben diese Orte eine grosse Faszination auf die Öffentlichkeit aus.

STÉPHANE HERZOG

Dr. Lara Sciscio, Expertin für Dinosaurierspuren, öffnet eine grosse Holztür, die in einen Keller führt. Die Tür befindet sich im Schloss Pruntrut (JU), in dessen Obergeschossen noch immer Gefangene untergebracht sind. Das erfahren wir von unserem zweiten Begleiter, dem Paläontologen Gaël Spicher, Doktorand am Naturhistorischen Museum Jurassica. Im Keller wartet eine wahre Fundgrube auf uns – Objekte, die bei Ausgrabungen für die Transjurane, die Autobahn durch den Jura, entdeckt wurden. Anfang der 2000er-Jahre sollte die Trasse durch ein Gebiet führen, in dem bedeutende Überreste vermutet wurden. Ein Archäologenteam wurde zusammengestellt und mit der Durchführung von Notgrabungen beauftragt. Dies ist dem neuesten Buch des Genfer Wissenschaftsjournalisten Pierre-Yves Frei über die Dinosaurier der Schweiz zu entnehmen. Im Februar 2002 wurden dann in der Nähe von Courtedoux (JU) Saurierspuren entdeckt – genauer gesagt Fussabdrücke von Sauropoden. Diese Vierbeiner mit langen Hälsen und kräftigen Beinen ernährten sich ausschliesslich von Pflanzen. Sie lebten vor etwa 157 bis 152 Millionen Jahren im Oberjura. «Sie hätten uns nicht angegriffen, um uns zu fressen, wie es beispielsweise in der Kreidezeit ein T-Rex getan hätte, von dem man in den USA Spuren findet», erklärt uns Lara Sciscio. Das Gelände im Jura umfasst rund 700 Spuren von Dinosauriern, die einst durch Europa wanderten und 14 000 Fussabdrücke. Ein Glücksfall für die Forscherin, die vor vier Jahren aus ihrer Heimat Simbabwe ans Museum Jurassica kam. «Ein Fussab-



«Ein Fussabdruck gibt uns Aufschluss über den Gang des Tieres, über seine Schrittlänge und sein Gewicht.»

Dr. Lara Sciscio, Expertin für Dinosaurierspuren

druck gibt Aufschluss über den Gang des Tieres, über seine Schrittlänge und sein Gewicht», erfahren wir von der Paläontologin, die sich auf Ichnologie, die Analyse von Fussabdrücken, spezialisiert hat. Und was ist mit Skeletten? Leider Fehlanzeige! Laut Lara Sciscio wurden in Moutier (JU) aber bereits im 19. Jahrhundert Überreste von Sauropoden entdeckt.

Spuren mit einem Durchmesser von 1,20 Metern

Die beiden Paläontologen öffnen Kisten, die Fossilien aus den Ausgrabungen im Gebiet der Transjurane enthalten. Zum Beispiel einen versteinerten Bauch einer Schildkröte. Sie lebte vor 152 Millionen Jahren im Oberjura, dessen Name sich von der Region ableitet. Bei der Entdeckung wird jedes Fossil und jede Fussspur zum Schutz mit Gips überzogen, dann aus dem Gestein herausgelöst und zur Reinigung ins Labor gebracht. Mit der Ar-

beit werden die Forschenden noch jahrzehntelang beschäftigt sein. Doch wo sind die Dinos? Die Paläontologen schieben eine schwere, senkrecht stehende Platte zur Seite. Zum Vorschein kommen runde Fussabdrücke eines Sauropoden aus der Gattung *Amanzia*. Das Tier hatte massige, säulenartige Beine (der grösste Fussabdruck hat einen Durchmesser von 1,20 Metern), einen langen Hals, einen kleinen Kopf und einen langen, kräftigen Schwanz. Auf Hüfthöhe war es etwa vier Meter gross. Wie wir von Lara Sciscio erfahren, entstand diese «Zeichnung» durch Vergleiche mit anderen Sauropoden, da bei den Ausgrabungen keine Skelette gefunden wurden. Um einen Fund eindeutig identifizieren zu können, benötigt man aber sowohl Spuren als auch ein Skelett. Die Forschenden führen in den Innenhof des Ausbildungszentrums, wo der Untergrund durch Glasfenster sichtbar ist. Dort wurden Spuren mit drei Zehen entdeckt, die von Theropoden hinterlassen wurden – zweibeinigen, fleischfressenden und mit dem T-Rex verwandten Dinosauriern. Die urzeitlichen Monster lebten vor dem Aussterben der Nichtvogeldinosaurier vor 66 Millionen Jahren. Übrigens sind die heutigen Vögel Nachfahren der Dinosaurier.

Ein weiterer bekannter Ort in der Schweiz, an dem vermeintliche Spuren von Dinosauriern sichtbar sind, ist Vieux Emosson im Wallis. Zu finden sind die Spuren auf über 2400 Metern Höhe. Die Funde sorgten für eine Überraschung, denn erst nach Jahren fanden Paläontologen heraus, dass es sich gar nicht um Dinosaurierspuren handelt. «Die Spuren stammen von nahen Verwandten, mit denen sie einen Vorfahren aus der frühen Trias



Pierre-Yves Frei: «Un dinosaure dans la montagne». Savoir Suisse, Lausanne 2026. 192 Seiten.



gemeinsam haben», erzählt uns Pierre-Yves Frei. Die Geschichte hinter diesem Irrtum kann man in seinem Buch nachlesen. 1976 beschlossen der französische Geologe Georges Bronner und einige seiner Freunde, die Region um den Staudamm von Émosson zu Fuss zu erkunden. Am zweiten Tag erreichte die Gruppe die Gegend um Vieux Emosson, benannt nach dem ersten in diesem Tal erbauten Staudamm. Beim Fotografieren mit seiner Tochter Sylvie wurde Georges Bronner plötzlich von Spuren auf einer Felsplatte in den Bann gezogen, die teilweise aus einem Schnee-

feld hervorrage. Was er sah, waren nicht einfach nur Löcher, sondern Abdrücke! Die Entdeckung fand weltweit Beachtung, und die Gegend ist seither bekannt als «die Dinosaurierfundstelle Vieux Emosson». Wie kam es dazu, dass die Spuren fälschlicherweise für Abdrücke von Dinosauriern gehalten wurden? Erstens, erklärt Pierre-Yves Frei, waren die Funde zwar sehr zahlreich, aber von minderwertiger Qualität. Sie erweckten den Eindruck, es handle sich um Fussabdrücke mit drei Zehen, wie sie für Dinosaurier typisch sind. Tatsächlich sind dort nur Abdrücke mit fünf Ze-

Vor Millionen von Jahren lebten in der Schweiz Theropoden. Eine Nachbildung steht vor dem Museum Jurassica in Pruntrut. Foto Stéphane Herzog

hen vorhanden. Ausserdem sind im Sedimentgestein keine Fossilien zu finden, was eine genaue Datierung verunmöglicht. Die Entdecker waren von einem Alter von 230 Millionen Jahren ausgegangen. Das Gestein ist jedoch 240 Millionen Jahre alt und zu dieser Zeit waren die Dinosaurier gerade erst auf der Südhalbkugel aufgetaucht. Kurz gesagt: Es handelt sich um fünfzehige, hochbeinige Krokodile mit fast drei Metern Länge und mächtigen Kiefern. Sie gehören zu den Pseudosuchia, einer Hauptgruppe der Archosaurier, aus deren anderer Gruppe die Dinosaurier hervorgingen.

Frick und seine perfekten Skelette

In seinem Buch erwähnt Pierre-Yves Frei einen anderen legendären Ort der Schweizer Dinosauriergeschichte: die Tongrube von Frick (AG), wo der Schweizer Paläontologe Ben Pabst 1976 etwa 210 Millionen Jahre alte fossile Überreste von Dinosauriern – genauer gesagt Plateosauriern – entdeckte. Acht Meter lange Pflanzenfresser, die vier Tonnen wogen. Im Sauriermuseum von Frick steht ein vollständiges Skelett eines solchen Tieres. Rund um Frick kommen auf jeden Hektar etwa 500 Dinosaurierfossilien. «Auf der weitläufigen Ebene bildeten sich in der Trias während der Trockenzeit aus Wasserstellen Schlammputzen. Vom Durst getrieben wagten sich die grossen Dinosaurier dorthin, doch nicht immer gelang es ihnen, sich wieder zu befreien», weiss der Autor zu berichten. «Ich mag mir gar nicht vorstellen, wie sie dort feststecken, aber sie haben uns damit ein wertvolles Zeugnis hinterlassen», fügte er hinzu.

Schweizer Parlament vor wegweisenden EU-Entscheiden

Die Schweiz hat sich auf ein neues Vertragspaket mit der Europäischen Union (EU) geeinigt. Nun befasst sich das Bundesparlament mit dem über 1000 Seiten umfassenden Vertragswerk – bevor das Stimmvolk das letzte Wort haben wird. Nachfolgend ein Überblick über zentrale und strittige Fragen.



Weshalb braucht es diese Verträge überhaupt?

Die bisherigen Verträge mit der EU (Bilaterale I und II) sind über 20 Jahre alt. Der Bundesrat will mit dem neuen Paket den bilateralen Weg festigen und ausbauen. Er spricht deshalb von den Bilateralen III. Kernstück bleibt die hindernisfreie Beteiligung am EU-Binnenmarkt, dem für die Schweizer Wirtschaft wichtigsten Handelsplatz. Dazu gehört unter anderem die Weiterführung der Personenfreizügigkeit: Sie gibt der Bevölkerung das Recht, in einem anderen Land des europäischen Wirtschaftsraumes zu arbeiten und zu leben.

Worum geht es im neuen Vertragspaket?

Das Paket enthält zwei Teile: «Stabilisierung» und «Weiterentwicklung». Im

ersten Teil geht es um eine Erneuerung der fünf bisherigen Abkommen zu Personenfreizügigkeit, Land- und Luftverkehr, Landwirtschaft und zur gegenseitigen Anerkennung von Produktstandards. Der zweite Teil («Weiterentwicklung») enthält drei neue Abkommen in den Bereichen Strom, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Aus Sicht der EU kann das Vertragswerk nur als Ganzes ratifiziert werden – und nicht nachträglich aufgetrennt werden. Das Parlament könnte trotzdem entscheiden, das Mammutpaket in zwei Etappen an die Urne zu bringen.

Wo liegen die grössten Knackpunkte?

Für Kontroversen sorgen institutionelle Fragen wie die Übernahme von EU-Recht sowie das Vorgehen im Kon-

Bundespräsident Guy Parmelin und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen setzten am 2. März 2026 ihre Unterschriften unter das fertig ausgehandelte Vertragswerk. Nun müssen beide Seiten die Staatsverträge ratifizieren – in der Schweiz sind dies Parlament und Volk.

Foto Keystone

fliktfall. Bei den Abkommen, die den europäischen Binnenmarkt betreffen, muss die Schweiz jeweils neue EU-Regeln übernehmen. Man spricht dabei von einer «dynamischen Rechtsübernahme», wie sie bereits heute beim Schengener Grenzabkommen gilt. Neu erhält die Schweiz das Recht auf eine informelle Mitsprache bei der Entwicklung dieser Regeln. Die Schweiz kann eine Übernahme im Einzelfall gänzlich ablehnen, muss aber mit Gegenmassnahmen aus Brüssel rechnen. Ein weiterer Knackpunkt ist das Vorgehen im Konfliktfall: Streiten sich Bern und Brüssel darüber, wie ein Abkommen zu interpretieren ist, kommt ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht zum Zug. Geht es dabei um die Auslegung von EU-Recht, zieht das Schiedsgericht den

Europäischen Gerichtshof in Luxemburg bei, der innerhalb der Union über die einheitliche Auslegung von EU-Recht wacht. Der Bundesrat betont, dass der EU-Gerichtshof nicht über den konkreten Streitfall entscheidet und auch nicht von sich aus in ein Schiedsgerichtsverfahren eingreifen kann.

Wie positionieren sich die Parteien?

Als einzige Bundesratspartei stellt sich die SVP fundamental gegen das neue Vertragspaket. Die nationalkonservative Partei warnt vor «fremden Richtern» und sieht die Souveränität der Schweiz in Gefahr. Die übrigen Regierungsparteien SP, FDP und Mitte sowie die Grünen und die Grünliberalen stehen grundsätzlich hinter dem neuen Vertragspaket. Auch die Gewerkschaften sind dafür, sofern das Parlament die vorgesehenen Massnahmen zum Lohnschutz verabschiedet. Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse wiederum erachtet das Vertragspaket als unabdingbar für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Inwiefern betreffen die Verträge die Fünfte Schweiz?

Für die rund 540 000 Auslandschweizerinnen und -schweizer, die derzeit in einem europäischen Land leben, ändert sich grundsätzlich nichts. Betroffen sind hingegen künftige Generationen von Schweizerinnen und Schweizern, die von der Personenfreizügigkeit profitieren möchten, um in ein EU-Land auszuwandern. Zu den Vorteilen des freien Personenverkehrs zählen auch die gegenseitige Anerkennung von Diplomen oder die Koordination der Sozialversicherungssysteme.

Kann die Schweiz die Zuwanderung einseitig begrenzen?

Grundsätzlich dürfen Bürgerinnen

und Bürger aus EU-Staaten im Rahmen des freien Personenverkehrs in der Schweiz eine Stelle antreten, studieren und wohnen. Doch hat sich der Bundesrat im Vertragspaket eine sogenannte Schutzklausel ausbedungen. Demnach könnte die Schweiz bei «schwerwiegenden wirtschaftlichen oder sozialen Problemen» die Handbremse ziehen. Sie müsste aber damit rechnen, dass die EU mit Gegenmassnahmen reagiert – zum Beispiel, indem sie ihrerseits die Zuwanderung von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern einschränkt (siehe auch S. 26–27 zur Abstimmung über die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz»).

Die Beratungen dürften sich bis ins Jahr 2027 hineinziehen. Der Urnengang findet möglicherweise erst im Jahre 2028 statt.

Wann entscheidet das Stimmvolk über das EU-Vertragspaket?

Zunächst beugen sich National- und Ständerat über das Paket, voraussichtlich ab dieser Herbstsession. Das umfangreiche und komplexe Vertragswerk ist eines der grössten Geschäfte der letzten Jahre. Im Rahmen der Ratifizierung muss das Parlament 36 Gesetze anpassen und drei neue Gesetze schaffen. Die Beratungen dürften sich deshalb bis ins Jahr 2027 hineinziehen. Der Urnengang findet möglicherweise erst im Jahre 2028 statt. Noch offen ist, ob ein einfaches Volksmehr, also die Mehrheit der stimmenden Bevölkerung, genügt, oder ob zusätzlich eine Mehrheit der Kantone zustimmen soll (Ständemehr). Der Abstimmungsmodus ist höchst umstritten und politisch brisant.

Weshalb wird das Ständemehr zur Schlüsselfrage?

Die Hürde für eine Zustimmung wird höher, wenn auch eine Mehrheit der Kanton Ja sagen muss. Dies käme den Gegnern der EU-Verträge entgegen. Aus ihrer Sicht tangieren die Verträge die Bundesverfassung, weshalb ein Ständemehr nötig sei. Der Bundesrat sieht dafür aber keine zwingende Rechtsgrundlage. Aus Sicht der Befürworter reicht ein einfaches Volksmehr, wie dies bei den Abstimmungen zu den Bilateralen I und II der Fall war. Ohne Ständemehr steigen die Chancen für ein Ja an der Urne. Über den definitiven Abstimmungsmodus entscheidet das Parlament.

Was passiert bei einem Nein?

Sollte das Vertragspaket an der Urne abgelehnt werden, bleiben die bestehenden bilateralen Abkommen gültig. Sie verlieren aber laut Bundesrat an Bedeutung und Wirksamkeit, da sie nicht mehr aktualisiert werden. Der Status quo ist für die Befürworter keine Option, da die Schweiz ohne Stabilisierung der bilateralen Beziehungen keine neuen EU-Abkommen abschliessen könnte – zum Beispiel für den Strommarkt. Auch droht ein Ausschluss von EU-Programmen wie dem Forschungsprogramm Horizon. Aus Sicht der Gegner soll die Schweiz hingegen den Alleingang wagen und statt den EU-Verträgen weltweit Freihandelsverträge abschliessen.

THEODORA PETER

EU-Dossier der «Schweizer Revue»
www.revue.link/eudo

Informationen des Bundesrates
www.revue.link/paket



SVP-Zuwanderungsinitiative vom Volk ausgebremst

Rund 55 Prozent der Stimmenden lehnten am 14. Juni die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab. Die Fünfte Schweiz sagte gar zu 70 Prozent Nein. Eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will die Personenfreizügigkeit offenbar nicht aufs Spiel setzen.

THEODORA PETER

Mit ihrer «Nachhaltigkeitsinitiative» wollte die migrationskritische SVP eine Bevölkerungsobergrenze in die Verfassung schreiben. Demnach hätte die Wohnbevölkerung die Zahl von 10 Millionen nicht vor dem Jahr 2050 überschreiten dürfen. Heute leben 9,1 Millionen Menschen in der Schweiz. Bereits ab einer Zahl von 9,5 Millionen, die gemäss Prognosen in fünf bis zehn Jahren erreicht wird, hätten die Behörden die Zuwanderung stark drosseln müssen. Letztlich zielte die Initiative auf eine Kündigung des Abkommens zur Freizügigkeit mit der EU («Revue» 2/2026). Davon wollten 54,8 Prozent der Stimmenden sowie eine Mehrheit der Kantone nichts wissen. Sie stellten sich hinter die Argumente von Regierung und Parlament, die bei einer Annahme der «radikalen» Initiative den Wohlstand der Schweiz in Gefahr sahen.

Die auf beiden Seiten emotional geführte Kampagne mobilisierte stark: Die Stimmbeteiligung lag bei hohen 58,9 Prozent. So viele waren letztmals bei der Abstimmung

zur 13. AHV an die Urnen geströmt. Insgesamt investierten beide Lager rund 15 Millionen Franken in den Abstimmungskampf – eine Rekordsumme seit Einführung der Offenlegungspflicht im Jahr 2022. Finanziell lagen die Gegner im Vorteil: Sie verfügten über ein Budget von neun Millionen Franken, während dem Ja-Komitee sechs Millionen Franken zur Verfügung standen.

Auf Ablehnung stiess die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» insbesondere in der Westschweiz sowie in Städten und Agglomerationen. Zustimmung fand das Begehren in der Zentral- und Ostschweiz (siehe Karte). Den höchsten Ja-Anteil (65,9 Prozent) verzeichnete der Kanton Appenzell-Ausserrhoden, den tiefsten Basel-Stadt (26,5 Prozent). Ähnlich niedrig (29,8 Prozent) war die Zustimmung der Auslandschweizer:innen. Sie folgten damit der Nein-Parole des Auslandschweizerrates (ASR).

Bundesrat: Volk will bilateralen Weg

Der Bundesrat deutete das Volks-Verdikt als ein «Zeichen für Stabilität, Offenheit und Verlässlichkeit», wie Justizminister Beat Jans (SP) in Bern vor den Medien erklärte. Die Stimmbevölkerung mache deutlich, dass sie den bilateralen Weg weitergehen wolle und in geopolitisch und wirtschaftlich unsicheren Zeit auf Stabilität setze, so Jans. In Brüssel nahm EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das Resultat mit diplomatischer Zurückhaltung zur Kenntnis: Die EU und die Schweiz verbinde eine starke Partnerschaft, schrieb von der Leyen auf der Plattform X. «Wir arbeiten weiterhin daran, unsere Zusammenarbeit zu modernisieren und zu vertiefen.»

Beide Partner sind derzeit daran, das fertig verhandelte Vertragspaket zu ratifizieren. In der Schweiz befasst sich das Parlament ab der Herbstsession damit, bevor erneut das Volk das letzte Wort hat (Seiten 24–25).

Für die SVP ist das Volks-Nein eine erneute Niederlage. Vor sechs Jahren scheiterte bereits die Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung» an der Urne – damals mit rund 57 Prozent Nein-Stimmen. Dem jüngsten Anlauf waren im Vorfeld grössere Erfolgchancen eingeräumt worden. Denn mit dem Slogan «Keine 10-Millionen-Schweiz!» nahm die grösste Partei ein weitverbreitetes Unbehagen auf. Das starke Bevölkerungswachstum – von sieben auf neun Millionen Einwohner:innen in den letzten 25 Jahren – hat Schattenseiten. Insbesondere der Wohnraum wird knapp, und die hohe Nachfrage treibt die Mieten in die Höhe («Revue» 2/2026).

Mit dem Nein werde «kein einziges Problem gelöst», warnte SVP-Parteipräsident Marcel Dettling noch am Abstimmungssonntag. Die Fragen, welche die Initiative auf-

Die überparteiliche Allianz gegen die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» feiert am 14. Juni den Abstimmungserfolg.
Foto Keystone



geworfen habe, würden die Schweiz in den nächsten Monaten und Jahren noch stark beschäftigen. Bundesrat Jans betonte seinerseits, die Regierung nehme die Argumente der Ja-Stimmenden ernst und verwies auf bereits ergriffene Massnahmen wie etwa den Aktionsplan gegen Wohnungsmangel.

Die SVP setzt nun voll auf den Kampf gegen das EU-Vertragspaket, welches sie konsequent als «Unterwerfungsvertrag» bezeichnet. Darüber hinaus berät das Parlament schon bald die sogenannte Grenzschutz-Initiative, welche die SVP im Herbst 2025 eingereicht hatte. Um den «Asylmissbrauch zu stoppen», fordert die Partei eine rigorose Überwachung der Schweizer Landesgrenze. Jährlich dürften nur noch 5000 «echte» Flüchtlinge in die Schweiz aufgenommen werden.

Höhere Hürden für Zivildienst

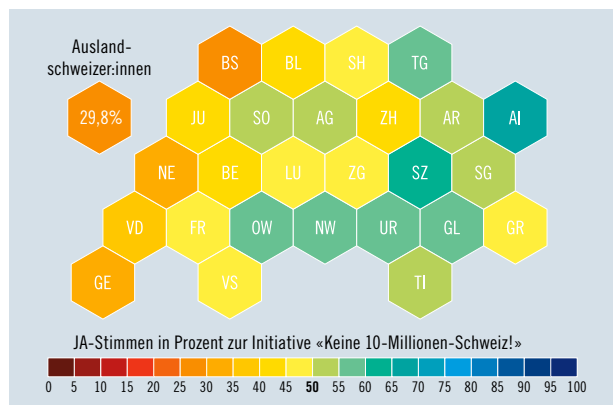
Am 14. Juni kam noch eine zweite Vorlage zur Abstimmung: Eine knappe Mehrheit von 52,5 Prozent (Fünfte Schweiz: 51,9 Prozent) hiess eine Änderung des Zivildienstgesetzes gut. Die Reform erschwert den Zugang zum Zivildienst mit dem Ziel, mehr junge Männer in der Armee zu halten. Die höheren Hürden betreffen vor allem Soldaten, die nachträglich in den Zivildienst wechseln möchten. Sie müssen künftig deutlich mehr Einsatztage leisten.



Gegen diese «Schikane» wehrte sich eine linksgrüne Allianz per Referendum. Aus ihrer Sicht wird die Armee durch die neuen Massnahmen nicht automatisch attraktiver. Zu befürchten sei vielmehr, dass sich die Betroffenen durch ein Arztzeugnis vom Armeedienst freistellen lassen – statt einen zivilen Dienst für die Gesellschaft zu leisten.

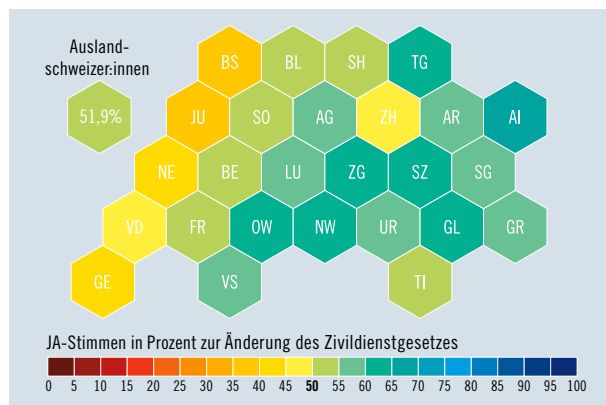
Beide Lager investierten insgesamt 15 Millionen Franken in eine emotionale Abstimmungskampagne.

Nein zur Initiative «Keine 10-Millionen Schweiz!»



Schweizweit sprach sich eine Minderheit von 45,2 Prozent für die Initiative der SVP aus. Deutlich tiefer (29,8 Prozent Ja) fiel die Unterstützung der Fünften Schweiz aus. Auch das Ständemehr wurde verpasst: Die Mehrheit der Kantone lehnte die Initiative ab, welche die Bevölkerungszahl auf unter 10 Millionen begrenzen wollte.

Ja zur Änderung des Zivildienstgesetzes



Eine Mehrheit von 52,5 Prozent stellte sich hinter eine Reform des Zivildienstes. Damit wird die zivile Alternative zum obligatorischen Militärdienst künftig weniger attraktiv. Die Fünfte Schweiz sagte zu 51,9 Prozent Ja. Für die Gesetzesänderung genügte das einfache Volksmehr – ein Ständemehr war nicht erforderlich.

Die erste Präsidentin des IKRK sieht sich mit zahlreichen Herausforderungen konfrontiert

Seit Ende 2022 ist Mirjana Spoljaric Egger Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK). Sie trat ihr Amt in schwierigen Zeiten an: Der Krieg in der Ukraine hatte einen Rückgang der Spenden zur Folge. Gleichzeitig kommt es weltweit häufiger zu Verstössen gegen das humanitäre Völkerrecht. Dem will die IKRK-Präsidentin mit einer neuen Initiative entgegenwirken.

STÉPHANE HERZOG

Für eine Organisation, die sich nach eigenen Angaben der Gleichstellung von Frauen und Männern in Führungspositionen verschrieben hat, war die Ernennung der Diplomatin Mirjana Spoljaric Egger zur neuen Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) im Oktober 2022 ein symbolträchtiger Schritt. «Es war höchste Zeit», kommentiert Philippe Lazzarini, ehemaliger Generalkommissar des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Beim Antritt ihrer Stelle wurde die in Kroatien geborene Baslerin infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 in ein chaotisches Umfeld katapultiert. Das IKRK geriet durch den Krieg unter enormen Druck. «Wir beobachten alle Einsätze vor Ort sehr genau. Dadurch wird unsere Arbeit noch heikler und komplizierter», erklärt ein Kenner der humanitären Hilfsorganisation. Die ukrainischen Behörden kritisierten das IKRK, weil dessen Delegierte keinen vollständigen Zugang zu ukrainischen Kriegsgefangenen in Russland erhalten. «Das liegt daran, dass uns dieser Zugang nicht gewährt wird», betont Mirjana Spoljaric Egger gegenüber der Presse.

Eine weitere Folge des Konflikts ist ein Rückgang der finanziellen Unterstützung, insbesondere der Vereinigten Staaten und europäischen Länder. Ein Teil der Gelder floss nämlich direkt in die Ukraine oder kam Flüchtlingen in Europa zugute. Dadurch wurde das vom ehemaligen Präsidenten Peter Maurer angestrebte Wachstum des IKRK gestoppt. Ende 2023 gab Mirjana Spoljaric Egger bekannt, dass die Organisation sich künftig wieder verstärkt auf den Schutz und die Unterstützung von Opfern von Konflikten konzentrieren wolle. Ende 2025 baute das IKRK 2900 Vollzeitstellen ab und schrumpfte auf den Personalbestand von 2017 mit insgesamt 15 000 Beschäftigten.

Menschlichkeit im Zeichen von Sparmassnahmen

Steht der Multilateralismus also unter Druck? Auf diese Frage reagierte Mirjana Spoljaric Egger mit der Lancierung einer weltweiten Initiative zur Wiederbelebung des politischen Engagements für das humanitäre Völkerrecht. Sie befasst sich auch mit dessen Anwendung in Bereichen wie autonomen Waffen, Cyberkrieg und künstlicher Intelligenz. Manchmal scheint das Gesicht der Schweizerin das Leid der Menschen im Krieg widerzuspiegeln. Besonders betroffen war sie bei ihrem jüngsten Besuch in Gaza,



wo sie ein «moralisches Versagen» beklagte. Auf die Frage nach den zahlreichen Tragödien, mit denen sie konfrontiert ist, verweist Egger auf die Arbeit des IKRK. «Schon eine einfache Nachricht eines gefangenen Soldaten an seine Mutter kann eine Erleichterung sein. Einer Familie zu ermöglichen, einen geliebten Menschen in Würde zu bestatten, ist ebenfalls ein Anliegen, für das sich unser Einsatz lohnt», betont sie.

«Mirjana Spoljaric Egger ist jemand, der Mitgefühl für die Opfer des Krieges zeigt», bemerkt Philippe Lazzarini, der Ende März 2026 sein Amt als Generalkommissar der UNRWA niedergelegt hat. Gerade im Hinblick auf Gaza, wo 400 Mitarbeitende des IKRK getötet wurden, stösst die Neutralität der Organisation zunehmend auf Unverständnis. «Zwar kritisiert die Präsidentin allgemein Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht, doch sie vermeidet es, den Aggressor beim Namen zu nennen. Dabei hindert die Neutralitätspflicht nicht daran, eine kriegführende Partei zu nennen, wenn alle Schritte gegenüber der betreffenden Partei ausgeschöpft sind», argumentiert er. Ende April reiste Mirjana Spoljaric Egger in den Iran, um dringende humanitäre Fragen zu besprechen. Im Mai besuchte sie ein Gefängnis in Bagdad. Sie erklärt: «Das IKRK ist weiterhin entschlossen, an vorderster Front in Konfliktgebieten tätig zu werden – dort, wo nur wenige andere Organisationen arbeiten können.»

Mirjana Spoljaric Egger möchte das humanitäre Völkerrecht in einem Umfeld neu beleben, das vom Krieg in der Ukraine und vom schwindenden Rückhalt der Geldgeber geprägt ist.
Foto Keystone

Fast die Hälfte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer lebt in einem Nachbarland

Am 31. Dezember 2025 lebten 838 600 Schweizer Staatsangehörige im Ausland. Ihre Zahl ist seit 2024 stetig gestiegen (+11 900 Personen oder +1,4 %). Fast die Hälfte der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer lebt in einem der Nachbarländer der Schweiz. Dies geht aus vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlichten Daten über im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer hervor.

Auslandschweizer/-innen

01 Bevölkerung

2025

Auslandschweizer/-innen



838 600

Nach Geschlecht



388 700



449 900

Durchschnittsalter

41 Jahre

46 Jahre

Auslandschweizer/-innen

nach Geschlecht und Altersklasse

0–17 Jahre



23%



19%

18–64 Jahre



56%



53%

65 Jahre und älter



21%



28%



75%

Mehrfach-
bürger/-innen

Die häufigsten Wohnstaaten

(inkl. vom Mutterland räumlich getrennte Gebiete)

Frankreich

214 000

Deutschland

102 100

Vereinigte Staaten

85 900

Italien

53 100

Kanada

42 000

Vereinigtes Königreich

41 400

Spanien

28 200

Australien

27 000

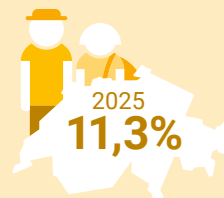
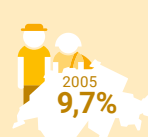
Israel

25 000

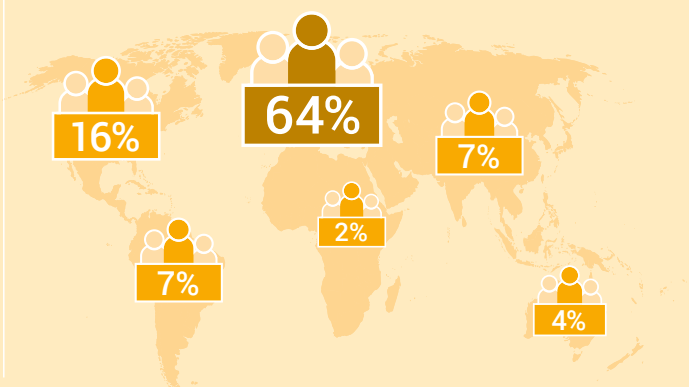
Österreich

19 100

Anteil der Auslandschweizer/-innen an allen Schweizer/-innen



Anteil der Auslandschweizer/-innen nach Wohnkontinent



Quelle: BFS – Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), Auslandschweizerstatistik (AS-Stat)

www.statistik.ch

© BFS 2026

Ende 2025 waren 838 600 Schweizer Staatsangehörige bei einer zuständigen Schweizer Vertretung im Ausland angemeldet. Dies entspricht 11 % der Gesamtbevölkerung mit Schweizer Staatsbürgerschaft. Fast die Hälfte (47 %) der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, d. h. 392 200 Personen, leben in einem Land, das unmittelbar an die Schweiz angrenzt. Ein Viertel (212 400) lebt in Metropolitan-Frankreich, während 12 % (102 100) in Deutschland, 6 % (53 100) in Italien, 2 % (19 100) in Österreich und 1 % (5 600) in Liechtenstein leben.

Schweizer Staatsangehörige haben sich vor allem in den Grenzregionen und Grossstädten der Nachbarländer niedergelassen

Im französischen Departement Haute-Savoie leben rund 50 800 Schweizerinnen und Schweizer. Auch in anderen französischen Grenzregionen leben zahlreiche Personen mit Schweizer Staatsbürgerschaft, beispielsweise in den Departementen Ain (18 100), Haut-Rhin (17 000) und Doubs (14 500). Lörrach (5100), Waldshut (4300) und Konstanz (3000), drei deutsche Regionen, die geografisch nahe an der Schweiz liegen, sind ebenfalls beliebte Wohnorte. Der gleiche Trend lässt sich in den Grenzregionen zu Italien und Österreich beobachten: In den italienischen Provinzen Como (4400) und Varese (3900) sowie im österreichischen Bezirk Rheintal-Bodenseegebiet (3700) leben mehrere Tausend Schweizerinnen und Schweizer.

Schweizer Staatsangehörige wählen auch häufig bestimmte Grossstädte in den Nachbarländern als Wohnort. So leben in Paris etwa 11 800 Schweizerinnen und Schweizer, in Berlin 8000, in der Provinz Mailand 6800, in Wien 4500, in München 4400, in Rom 3700 und in Hamburg 3100.

(BFS)

Zusätzliche Informationen:
www.revue.link/statistik



Wie junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer den Kontakt zur Heimat aufrechterhalten

Mit Erreichen der Volljährigkeit werden junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aufgefordert, ihre Anmeldung bei der zuständigen Schweizer Vertretung (Botschaft oder Konsulat) zu bestätigen. Dieser Schritt ist für die volle Ausübung ihrer Rechte unerlässlich, wird jedoch allzu oft vernachlässigt. Dies kann schwerwiegende Folgen haben.

APOLLINE SIX, KONSULARISCHE DIREKTION, EDA

Erreicht eine im Auslandschweizerregister als minderjährig eingetragene Person nach schweizerischem Recht die Volljährigkeit, fordert die zuständige Vertretung (Botschaft oder Konsulat) sie gemäss Artikel 12 Abs. 3 des Auslandschweizergesetzes (ASG) auf, ihren Eintrag im Register zu bestätigen. Zu diesem Zweck erhält sie ein offizielles Schreiben, in dem sie gebeten wird, ihre Anmeldung entweder auf dem Postweg oder direkt über den Online-Schalter EDA zu bestätigen. Vor Erreichen dieses Alters werden junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer automatisch im Familiendossier erfasst.

Ein wichtiger Schritt, der oft vergessen wird

Dieser Schritt ist entscheidend, damit junge Menschen ihre Rechte, insbesondere auf politischer Ebene, uneingeschränkt wahrnehmen können. Die Anmeldung bei einer Vertretung ermöglicht den Zugang zu zahlreichen offiziellen Informationen, konsularischen Dienstleistungen und Angeboten mit Bezug zur Schweiz. Darunter fallen beispielsweise die Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen, der Bezug der «Schweizer Revue» und die Möglichkeit, bestimmte Behördengänge aus der Ferne zu erledigen. Trotzdem bestätigen jedes Jahr zahlreiche junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer ihre Anmeldung nicht rechtzeitig und werden daher aus den amtlichen Registern gestrichen.

Nicht zu unterschätzende Folgen

In manchen Fällen sind die Folgen gravierend: Ein im Ausland geborenes Kind eines Schweizer Elternteils, das eine andere Staatsangehörigkeit besitzt, verliert mit Vervollendung des 25. Lebensjahres automatisch das Schweizer Bürgerrecht. Damit dieser Fall nicht eintritt, muss es bei einer Schweizer



Junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die an einem Ferienlager der ASO teilnehmen, besuchen das Bundeshaus und treffen Vertretende der Konsularabteilung. Foto ZVG

Behörde im Ausland oder bei einer Behörde in der Schweiz angemeldet werden, sich selbst dort anmelden oder schriftlich erklären, dass es das Schweizer Bürgerrecht behalten will.

Hier spielen die Eltern nach wie vor eine entscheidende Rolle. Denn oft sind sie es, die ihre Kinder auch nach Erreichen der Volljährigkeit bei administrativen Schritten unterstützen und sie an wichtige Fristen erinnern.

Projekt «Young Swiss Abroad»

Angesichts dieser Feststellung erscheint es unerlässlich, die betroffenen Jugendlichen besser zu informieren und zu begleiten. Aus diesem Grund hat die Konsularische Direktion des EDA das Projekt «Young Swiss Abroad» lanciert. Die Sensibilisierung junger Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer für ihre Rechte und Pflichten ist eines der Ziele der vom Bundesrat verabschiedeten Konsularstrategie 2026–2029.

Das Projekt steht im Einklang mit den im Auslandschweizergesetz festgelegten Aufträgen, die Beziehungen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer untereinander und zur Schweiz zu fördern und die internationale Mobilität von Schweizer Staatsangehörigen zu erleichtern (Art. 2). Zudem will der Bund den Austausch der jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer untereinander und mit der Schweiz fördern (Art. 9 Abs. 3).

«Young Swiss Abroad» umfasst drei Schwerpunkte: die Ermittlung der Bedürfnisse der jungen Menschen und der Vertretungen, die Entwicklung innovativer Kommunikationsmittel sowie die Unterstützung der Botschaften und Konsulate bei ihren Aktivitäten vor Ort.

Um die Bedürfnisse der jungen Menschen und die Herausforderungen, mit denen die Vertretungen konfrontiert sind, zu ermitteln, wurden zwei Umfragen durchgeführt: Mit der

ersten konnten Informationen von 23 Vertretungen in den zehn Ländern gesammelt werden, in denen die meisten jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer leben; die zweite richtete sich an junge Menschen im Alter von 15 bis 30 Jahren und hatte zum Ziel, ihre Erwartungen und Bedürfnisse besser zu verstehen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die jungen Menschen eine starke Verbundenheit mit der Schweiz empfinden und grosses Interesse an den konkreten Möglichkeiten haben, die das Land zu bieten hat. Dies gilt für Studium, Praktika und Beschäftigungsmöglichkeiten ebenso wie für den Austausch mit anderen jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern. Die Umfragen ergaben jedoch auch, dass junge Menschen nach wie vor selten proaktiv Kontakt zu Botschaften und Konsulaten aufnehmen. Dabei spielen die Vertretungen eine Schlüsselrolle für die Aufrechterhaltung und Stärkung der Verbindung zur Schweiz. Über die konsularischen Dienstleistungen hinaus sind sie eine erste Anlaufstelle, die Beratung und Informationen bietet sowie durch Veranstaltungen oder Initiativen für die jüngeren Generationen Gelegenheiten zum Austausch schafft. Zögern Sie also nicht, sich mit ihnen in Verbindung zu setzen!

Die Verbindung zur Schweiz aufrechterhalten: weit mehr als nur eine Formalität

Junge Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer profitieren von zahlreichen Möglichkeiten: Sie können in der Schweiz studie-

Durch die Bestätigung ihres Eintrags im Auslandschweizerregister behalten junge Menschen die Möglichkeit, ihre politischen Rechte auszuüben.

Zudem haben sie Zugang zu allen konsularischen Dienstleistungen.

ren und arbeiten, ohne dafür eine Bewilligung zu benötigen. Im Ausland organisieren Botschaften und Konsulate Veranstaltungen für junge Menschen, insbesondere wenn diese ihre Volljährigkeit erreichen. Zudem bieten Initiativen wie die Ferienlager der ASO oder der SJAS Gelegenheit, die Schweiz zu entdecken, das Zugehörigkeitsgefühl zu stärken und bleibende Beziehungen zu knüpfen. Im Endeffekt ist die Bestätigung der Anmeldung als junge Auslandschweizerin oder junger Auslandschweizer weit mehr als nur eine administrative Formalität: Sie ist eine Einladung, mit der Schweiz, ihren Werten, ihren Institutionen und den zahlreichen Möglichkeiten, die sie bietet, in Verbindung zu bleiben.

Leben Sie als junge Schweizerin oder junger Schweizer im Ausland? Entdecken Sie die neue Seite «Young Swiss Abroad» und erhalten Sie wichtige Informationen zu Ihren Rechten, Pflichten sowie zu Studien- und Arbeitsmöglichkeiten in der Schweiz.

Young Swiss Abroad
www.revue.link/youngswiss



SwissInTouch
www.swissintouch.ch



Weitere nützliche Links finden Sie online:
www.revue.link/junge



Die Schweiz ruft

Junge Auslandschweizer:innen erhalten bei educationsuisse persönliche Beratung rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz».

RUTH VON GUNTEN, EDUCATIONSUISSE

Jedes Jahr entscheiden sich zahlreiche junge Schweizer:innen aus der ganzen Welt, für eine Ausbildung in die Schweiz zu ziehen. Zwar liegen keine offiziellen Statistiken vor, doch die Mitarbeitenden von education-suisse lernen jährlich viele junge Auslandschweizer:innen kennen, die diesen Schritt wagen – getragen vom Wunsch, sich persönlich weiterzuentwickeln und die eigene Zukunft aktiv zu gestalten. Damit die Ausbildung in der Schweiz zu einem Erfolg wird, ist eine gute Vorbereitung notwendig. educationsuisse bietet kostenlos Informationen und individuelle Beratung rund um das Thema Ausbildung in der Schweiz an.

- Information zu den verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten wie Hochschulstudium oder Berufsbildung
- Information zu spezifischen Fragen wie Zulassungsbedingungen, erforderliche Sprachkenntnisse, Anmeldefristen, Unterkunft, Stipendien, Versicherungen usw.
- Persönliche Beratung vor Ort in Bern oder online rund ums Thema «Ausbildung in der Schweiz»
- Berufs- und Studienwahlberatung in Zusammenarbeit mit einer professionellen Studien- und Berufsberatung (kostenpflichtig)
- Unterstützung bei Gesuchen um kantonale Stipendien und Dossierbetreuung
- Ausbildungsbeiträge in Form von Stipendien oder Darlehen von educationsuisse und privaten Fonds

Die Mitarbeitenden von educationsuisse sprechen Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Englisch. Sie helfen gerne weiter und beantworten Ihre Fragen via E-Mail, Telefon, online oder vor Ort in Bern. Unsere Beratungsstelle wird mit einem Beitrag des Bundesamtes für Kultur (Eidgenössisches Departement des Innern) unterstützt.



educationsuisse
Ausbildung in der Schweiz
Alpenstrasse 26
3006 Bern, Schweiz
+41 31 356 61 04
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch



«educationsuisse unterstützte mich von Beginn meines Studiums an bei meinen Stipendiengesuchen an meinen Heimatkanton Zürich. Diese grosse administrative Hilfe war eine wichtige persönliche Stütze. Ohne das Engagement der Mitarbeiterinnen von educationsuisse hätte ich mein Studium nicht erfolgreich abschliessen können. Sie waren auch immer für mich da, wenn ich Fragen zum Schweizer Alltag hatte.»

Paulo Wirz

«Durch die Beratung von educationsuisse habe ich meinen Ausbildungsweg in der Schweiz gefunden. Ich bin educationsuisse sehr dankbar, da ich mich jederzeit gut aufgehoben gefühlt habe.»

Alexia Colamonico



Paulo Wirz, Auslandschweizer aus Brasilien, studierte Kunst an der Zürcher Hochschule der Künste ZHdK und in Genf an der Haute école d'art et de design HEAD. 2021 war er Preisträger des Swiss Art Award, der vom Bundesamt für Kultur vergeben wird.



Alexia Colamonico, Auslandschweizerin aus Italien, hat einen Bachelor in Internationalen Beziehungen an der Universität St. Gallen absolviert und studiert jetzt im Master Wirtschaftswissenschaften an der Universität Zürich. Nebenbei arbeitet sie in einer Bank, um ihre beruflichen Ziele weiter voranzutreiben.

Mitten im Sommerabenteuer

Die Sommerferienlager der SJAS sind in vollem Gange! 300 Auslandschweizer Kinder und Jugendliche aus 48 unterschiedlichen Ländern nehmen diesen Sommer an insgesamt neun Ferienlagern teil. Begleitet werden sie von rund 100 engagierten Leitungspersonen, die mit viel Einsatz und Kreativität abwechslungsreiche Programme gestalten.

RAYA KELLER

Den Auftakt machte diesen Sommer das Ferienlager im Kanton Bern bei Zweisimmen und wenige Tage später der erste Swiss Trip durch die Voralpen. Zum typischen Ferienlagerstart gehört das gemeinsame Aushandeln der Regeln. Die Lagergemeinschaft stellt sich die Frage, wie sie das Zusammenleben in den nächsten zwei Wochen gestalten möchte – ein wichtiger Grundstein, der in jedem Ferienlager gelegt wird. Die Regeln dienen der Sicherheit, auch wenn sie auf die Probe gestellt werden und der ein oder andere Teilnehmende austestet, wie streng die Leitungspersonen sie umsetzen.

Ausserdem erlernen die Teilnehmenden in jedem Ferienlager den Umgang mit einem Schweizer Sackmesser und dürfen damit etwas schnitzen. Auch nicht fehlen darf der internationale Länderabend. Alle Teilnehmenden bringen etwas zu essen oder trinken aus ihrem Wohnland mit und stellen die Spezialitäten sowie das dazugehörige Land anhand von Plakaten den anderen vor. Natürlich macht das gemeinsame Essen der Speisen im Anschluss am meisten Spass.

Ein unvergessliches Erlebnis

Auch die drei Ferienlager in Wengen, Reichenberg und der zweite Swiss Trip in der Westschweiz gingen mittlerweile erfolgreich zu Ende. Ob bei Wanderungen in den Bergen, beim Klettern im Hochseilgarten, bei erfrischenden Badetagen an Seen und Flüssen, spannenden Ausflügen in Schweizer Städte oder bei gemeinsamen Spieleabenden – die Ferienlager schufen bleibende Erinnerungen. Gemeinsam entdeckten die Kinder und Jugendlichen unterschiedliche Regionen der Schweiz, lernten neue Kulturen kennen und knüpften Freundschaften über Ländergrenzen hinweg. Sportliche Aktivitäten und gemeinsames Lagerleben sorgten täglich für besondere Momente, wobei der interkulturelle Austausch im Mittelpunkt stand. Gleichzeitig lernten die Teilnehmenden



Auf dem Swiss Trip quer durch die Schweiz. In der Pause geniessen die Kinder den Blick auf den Furkapass. Foto Pixofluna

den ihre Heimat besser kennen und entdeckten verschiedene Ecken der Schweiz. Ob per Zug, zu Fuss oder im Schlauchboot.

Anmeldungen für den Winter

Während die letzten Sommerferienlager noch laufen, richtet sich der Blick bereits auf die kommende Wintersaison. Für die Winterferienlager 2026/2027 in Valbella sowie für das JUSKILA an der Lenk sind noch Anmeldungen möglich. Das JUSKILA findet gemeinsam mit fast 600 in der Schweiz heimischen Jugendlichen statt. Dieses einzig-

artige Winterferienlager ist 2027 offen für alle mit Jahrgängen 2012 und 2013, die noch nicht teilgenommen haben. Im September werden 25 Plätze unter den Auslandschweizer:innen verlost. Anmeldeschluss ist der 1. September: www.revue.link/winterlager

Stiftung für junge Auslandschweizer:innen
Fondation pour les enfants suisses à l'étranger
Fondazione per la gioventù svizzera all'estero
Foundation for young Swiss Abroad

Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS)
+41 31 356 61 16
info@sjas.ch
www.sjas.ch



1/800 000



Die Fünfte Schweiz ist ein buntes, vielfältiges, vielsprachiges Puzzle aus weit über 800 000 Teilen. Das heutige Puzzleteilchen legt ...

... **Marcus Deiss, 1973, Sambia.** Er ist seit 2022 dort beheimatet und arbeitet als ICT/B2B Berater und Autor. Er schreibt Bücher, die sich mit Landschaften, kultureller Identität und den Geschichten von Orten beschäftigen – unter anderem die dreibändige Reihe *Timeless Switzerland*.

Was bedeutet für dich Heimat?

Heimat ist für mich kein fester Ort, sondern ein Zustand von Vertrautheit. Es ist der Moment, in dem Landschaft, Sprache und Verhalten nicht erklärt werden müssen – sondern einfach verstanden werden.

Kann man mehrere Heimaten haben?

Ja. Heimat entsteht dort, wo man lebt, Verantwortung übernimmt und Beziehungen aufbaut. Die Schweiz ist für mich eine tief verwurzelte Herkunft – Sambia eine bewusst gelebte Gegenwart.

Wie wirkt es sich für dich aus, mit mehr als einem Land verbunden zu sein?

Es schafft Distanz – aber auch Schärfe. Man beginnt, Unterschiede genauer wahrzunehmen und Selbstverständlichkeiten zu hinterfragen. Diese Perspektive prägt mein Schreiben unmittelbar.

Welche Beziehung hast du zur Schweiz?

Die Beziehung ist ruhig und konstant. Sie zeigt sich weniger im Alltag als in der Art, wie ich Landschaft, Ordnung und kulturelle Strukturen wahrnehme. Vieles wird erst sichtbar, wenn man nicht mehr dort lebt.

Was vermisst du am meisten an respektive aus der Schweiz?

Die unmittelbare Zugänglichkeit von Landschaft. Die Nähe zwischen See, Stadt und Berg – und die Selbstverständlichkeit, mit der alles miteinander verbunden ist.

Hat sich mit dem Auswandern deine Einstellung zu (Schweizer) Traditionen verändert?

Ja, sie ist bewusster geworden. Mit der Distanz verlieren Traditionen ihre Selbstverständlichkeit – und gewinnen gleichzeitig an Bedeutung.

Mehr unter: www.revue.link/puzzle

Ihre Spenden an die «Schweizer Revue» sind weiterhin wichtig

Ihre Spenden sind für uns eine wichtige Stütze. Sie ermutigen uns enorm, die im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer qualitativ hochwertig zu informieren. Mit jeder «Schweizer Revue» schicken wir Ihnen ein Stück Heimat nach Hause – egal, wo auf der Welt Sie leben. Doch die «Revue» hat ihren Preis und steht nach wie vor unter Druck. Setzen Sie ein Zeichen und zeigen Sie Solidarität. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir die Zukunft der Zeitschrift sichern und den unabhängigen Qualitätsjournalismus weiterverfolgen, für den das Redaktionsteam einsteht. Dürfen wir auf Ihre Unterstützung zählen?

WALTER SCHMID, CHEFREDAKTOR

Bitte spenden Sie jetzt – jeder Betrag hilft, die «Schweizer Revue» zu sichern.

Spenden mit Kreditkarte

www.revue.link/creditrevue



Spenden per PayPal

www.revue.link/revue



Spenden mit Banküberweisung

IBAN: CH97 0079 0016 1294 4609 8

Bank: Berner Kantonalbank

Bundesplatz 8

CH-3011 Bern

BIC/SWIFT: KBBECH22

Zugunsten:

BEKB Bern

Konto 16.129.446.0.98

Auslandschweizer-Organisation

z/Hd. Herrn A. Kiskery

Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern

Referenz: Support Swiss Review

So erreichen Sie die «Schweizer Revue»:

revue@swisscommunity.org

Telefon +41 31 356 61 10



**Swiss
Community Days**

21. August 2026 - Seehotel Waldstätterhof

22. August 2026 - Auslandschweizerplatz

Treffen Sie uns auf dem Auslandschweizerplatz in Brunnen zu einem inspirierenden Austausch über Themen, die uns alle verbinden.



Eine neue Ära beginnt

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Auslandschweizergesetzes haben wir im Auslandschweizerrat (ASR) 2025 eine erste Bilanz gezogen. Nicht mit Worten, sondern mit Taten – in 13 Ländern fanden Direktwahlen der Delegierten statt. 40 Prozent des ASR sind nun direkt gewählt und 2029 wollen wir 90 Prozent erreichen.

Dieser kleine Schritt für die ASO ist ein grosser Schritt für die Auslandschweizer:innen insgesamt. Der Beweis, dass unsere Online-Direktwahlen funktionieren, wird uns helfen, ein allgemeines E-Voting für alle unsere Mitbürger:innen im Ausland zu fordern. Spätestens bis zu den Nationalratswahlen 2031 in allen Kantonen!

Die technische Durchführung der Wahlen ist aber nicht alles. Die Swiss Community und die traditionellen Schweizer Vereine müssen sich am neuen System beteiligen.

Nationale und supranationale Dachverbände müssen funktionieren, um die Wahlen zu organisieren und einen geordneten Wahlkampf zu koordinieren. Ebenso braucht es Kandi-

dat:innen, welche die ASO mit ihren Regeln, mit ihren Stärken und manchmal auch mit ihren Schwächen anerkennen. Es ist in all unserem Interesse, konstruktiv zusammenzuarbeiten, um das Beste für unsere Landesleute im Ausland zu erreichen. Das Arbeitsklima innerhalb des ASR muss sich verbessern, nicht verschlechtern.

Abgesehen von der Gesamterneuerung unseres Rates hatten wir auch viele Änderungen in unserer Organisation mit dem Wechsel in der ASO-Direktion – von Ariane Rustichelli über Lukas Weber zu Daniel Hunziker – sowie dem neuen Chefredaktor der «Schweizer Revue» und dem neuen Leiter des Jugenddienstes. Wir betreten eine neue Ära und ich wünsche allen, dass sie mitmachen und davon profitieren können!



FILIPPO LOMBARDI, ASO-PRÄSIDENT

Neuer Leiter Jugenddienst: Michel Gerber will weltweit Brücken zur Schweiz bauen



Liebe Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

Seit dem 20. April 2026 leite ich den Jugenddienst der Auslandschweizer-Organisation. Aufgewachsen in Ostermundigen, führte mich mein beruflicher und akademischer Weg früh ins Ausland. In den USA absolvierte ich ein Studium im Bereich Sport-Management sowie einen Master of Business Administration (MBA). Während dieser Zeit

sammelte ich wertvolle Erfahrungen in verschiedenen Organisationen des internationalen Sport- und Eventbereichs.

Zu meinen beruflichen Stationen gehörten die «Manchester Monarchs», ein ehemaliges Eishockey Team der zweiten amerikanischen Liga, wo ich im Bereich Sales und Customer Relations tätig war. Begegnungen mit Schweizer Sportpersönlichkeiten wie dem Eishockeyspieler Nino Niederreiter stärkten meine Verbindung zur Heimat zusätzlich. Später arbeitete ich im «Gillette Stadium» und durfte unter anderem Mandate rund um die Copa América, der südamerikanischen Meisterschaft für Fussballnationalmannschaften, betreuen. Zuletzt war ich bei den «UConn Huskies», den Hochschulsportmannschaften der University of Connecticut, im Bereich Sponsoring und Sales tätig.

Meine Jahre im Ausland haben meine Verbundenheit zur Schweiz nachhaltig geprägt. Gerade die Distanz hat mir gezeigt, wie wichtig kulturelle Wurzeln, gemeinsame Werte und der Austausch innerhalb der Auslandschweizergemeinschaft sind.

Diese Erfahrungen motivieren mich heute in meiner neuen Aufgabe besonders: Ich möchte jungen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern die Nähe zur Schweiz vermitteln, sie für unsere Werte begeistern und ihnen die Vielfalt und Schönheit unserer Heimat näherbringen.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit jungen Menschen weltweit Brücken zur Schweiz zu bauen und den Jugenddienst der ASO mit Engagement und neuen Ideen weiterzuentwickeln.

Herzlich
Michel Gerber



Auslandschweizer-Organisation
SwissCommunity, Jugenddienst
Alpenstrasse 26
3006 Bern, Schweiz
+41 31 356 61 24
youth@swisscommunity.org
www.SwissCommunity.org



Über Grenzen hinweg. Wir bleiben die nahe Bank für Auslandschweizerinnen und -schweizer.

Wir bieten Ihnen eine persönliche und professionelle Betreuung, die höchsten Qualitätsansprüchen gerecht wird.

